

212. Sitzung des Grossen Gemeinderates

29. November 2010, 14:00 Uhr, Gemeindesaal Löttschberg, Spiez

Vorsitz	Paul Müller, GGR-Präsident
Anwesende Mitglieder	<p>EDU Barbara Gradwell</p> <p>EVP Godi Bärtschi Andreas Bürki Anna Fink Markus Kiener Markus Wenger</p> <p>FDP Reto Gerber (bis 16.30 Uhr) Urs Gurtner Ernst Hautle Daniel Lanz Monika Lanz Rolf Schmutz</p> <p>FS René Barben Martin Fink Pia Hutzli (ab 18.00 Uhr) Theres Indermühle</p> <p>GS Dani Brügger Nadja Keiser Philipp Zimmermann</p> <p>SP Eliane Baumann Peter Beyeler Irma Grandjean Bernhard Hauck Walter Holderegger Susanne Kaiser Albert Trummer Ursula Zybach</p> <p>SVP Kurt von Känel Peter Kislig Urs Maibach Paul Müller Marianne Roe Jürg Staudenmann Rudolf Thomann</p>
Anwesend zu Beginn	33 Mitglieder; der Rat ist beschlussfähig
Vertreter Jugendrat	Sven Mosimann (entschuldigt)

Sekretär	Konrad Sigrist	
Protokollführer	Adrian Zürcher	
Presse	Svend Peternell Jürg Spielmann Simon Schmutz	Berner Oberländer / Thuner Tagblatt Radio BeO
ZuhörerInnen	rund 15 Personen	
Vertreter Gemeinderat	Franz Arnold Klaus Brenzikofer Jolanda Brunner Ursula Erni Kurt Frei Christoph Hürlimann Stefan Kocherhans	SP SVP SVP EVP SP FS FDP
Abteilungsleiter	Daniel Bock, Leiter Soziale Dienste Stefan Christen, Finanzverwalter Renato Heiniger, Polizeiinspektor Ernst Mäder, Steuerverwalter/EDV-Verantwortlicher Ueli Schneider, Bauverwalter a.i. Ernst Steffen, Leiter AHV-Zweigstelle	
Entschuldigt	Bastian Christen (Auslandaufenthalt) Peter Luginbühl (beruflich)	GS SVP

ERÖFFNUNG

Der Vorsitzende begrüsst die Mitglieder beider Räte, die Vertreter der Medien, die Abteilungsleiter, den Sekretär, den Protokollführer, sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer zur 212. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Spiez.

Als neues Mitglied im GGR wird Rolf Schmutz (FDP) begrüsst.

Rückblick

Als Ersatz für Pia Hutzli schlägt die FS-Fraktion René Barben als Stimmzähler vor.

Abstimmung vom 26. September 2010 (Stimmbeteiligung 35.1 %)

Bund

- Änderung des Bundesgesetzes über die Arbeitslosenversicherung
mit 1'951 Ja : 1'344 Nein angenommen

Kanton

- Initiative „Zäme läbe, zäme stimme“
mit 769 Ja : 2'556 Nein abgelehnt

Abstimmung vom 28. November 2010 (Stimmbeteiligung 52.9 %)

Gemeinde

- UeO Rössli
mit 3'943 Ja : 486 Nein angenommen

Bund

- Ausschaffungsinitiative
mit 2'711 Ja : 2'256 Nein
- Steuergerechtigkeitsinitiative
mit 2'300 Ja : 2'538 Nein abgelehnt

Traktandenliste

141. Protokoll der Sitzung vom 13. September 2010
142. Gemeindeordnung / Teilrevision, 2. Lesung, Verabschiedung z.H. Volksabstimmung
143. Wahl- und Abstimmungsreglement / Teilrevision, 2. Lesung, Verabschiedung z.H. Volksabstimmung
144. Geschäftsordnung GGR / Teilrevision, 2. Lesung, Genehmigung
145. Gemeindevoranschlag 2011
 - a) NPM / Produktdefinitionen
 - b) Gemeindevoranschlag 2011
146. Informationen des Gemeindepräsidenten
147. Geschäftsbeziehungen zu Grossbanken / EA Ph. Zimmermann (GS)
148. Ortsplanungsrevision / EA N. Keiser (GS)
149. Neue Einfache Anfragen
150. Finanzierung Seebuslinie / Motion FDP Fraktion (U. Gurtner)
151. Überprüfung Gebührenverordnung GZL / Motion SVP Fraktion (U. Maibach)
152. Nachhaltiger Wärmeverbund Spiez / Motion GS-Fraktion (N. Keiser)
153. Fixe Module Tagesschule / Motion FDP-Fraktion (M. Lanz)
154. Bauliche Massnahmen Infrastrukturanlagen Bucht / Postulat W. Holderegger (SP)
155. Einführung Minergie-Standard / Postulat U. Nyffenegger (SP)
156. Finanzierung der Finanzvermögenliegenschaften / Motion SVP-Fraktion (H. Leuthold)
157. Ausgeschafft / Postulat Ph. Zimmermann (GS)
158. (T)raum gesucht / Motion SP-Fraktion (E. Baumann)
159. Erhöhung Anteil günstige Mietwohnungen in Spiez / Motion SP- und GS- Fraktionen (W. Holderegger)
160. Wahlen
 - a) Ratsbüro GGR für das Jahr 2011
 - b) Geschäftsprüfungskommission
 - Präsidium und Vizepräsidium für das Amtsjahr 2011
 - c) Mitglied der Sachkommission Sicherheit
 - Ersatzwahl FDP
 - d) Mitglied Sachkommission Bildung
 - Ersatzwahl SP
161. Beiträge aus dem freien Ratskredit GGR

V e r h a n d l u n g e n**141 13 Protokoll****Protokoll der Sitzung vom 13. September 2010**

Das Protokoll wird genehmigt.

142 1.12 Reglemente/Verordnungen

Gemeindeordnung / Teilrevision, 2. Lesung, Verabschiedung z.H. Volksabstimmung

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold: Der Gemeinderat legt Wert auf die Feststellung, dass Handlungsbedarf für eine Revision der Gemeindeordnung im Zusammenhang mit der Überprüfung der Behörden- und Verwaltungsorganisation gegeben ist. In der Gesellschaft sind diverse Veränderungen feststellbar. Auch die politische Landschaft hat sich verändert und damit die Bereitschaft im politischen System mitzuwirken. Man will nicht Kommissionen abschaffen, da man der Ansicht ist, diese hätten ihre Aufgaben nicht wahrgenommen. Aus Sicht des Gemeinderates ist Handlungsbedarf gegeben. Aus diesen Überlegungen und aus den Beratungen des Gemeinderates haben sich die nun vorliegenden vier Wiedererwägungsanträge ergeben:

- Aufhebung Finanz- und Sicherheitskommission
- Trennung Sport- und Bildungskommission und Aufhebung Sportkommission
- Bildungskommission mit 7 Mitgliedern

Stellungnahme der GPK

Jürg Staudenmann: Die GPK hat anlässlich ihrer Sitzung vom 17. November 2010 das Geschäft geprüft. Die anlässlich der 1. Lesung beschlossenen Änderungen wurden aufgenommen. Das Ergebnis ist den Mitgliedern des GGR bekannt. Die GPK stellt somit fest, dass formell auf die 2. Lesung eingetreten werden kann.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Allgemeine Diskussion

Fraktionssprecher

René Barben (FS): Die FS-Fraktion möchte sich grundsätzlich zur Aufhebung von Kommissionen und zu Reduktionen von Kommissionssitzen äussern. Ziel ist es, möglichst viele Kommissionen und Kommissionssitze zu erhalten. In der Schweiz gibt es ein einzigartiges und bewährtes politisches System. Zu diesem sollten wir Sorge tragen. Man ist sich oftmals erst bewusst was man hatte, wenn etwas nicht mehr da ist. 1976 wurde in Spiez die Gemeindeversammlung aufgelöst. Auf dieses Datum hin, wurde das Freie Spiez gegründet. Das Freie Spiez ist Ausdruck von mitdenkenden Frauen und Männern, welche in keiner übergeordneten Partei gebunden sind, mit dem Ziel, in den Behörden der Gemeinde Spiez weiterhin vertreten zu sein. Die FS-Fraktion erachtet es als nach wie vor sinnvoll, dass möglichst viele interessierte Bürgerinnen und Bürger zur Meinungsbildung aktiv in den Kommissionen mitarbeiten können. Wo können aber unsere politischen Nachfolger das politische Handwerk erlernen, wenn diese Möglichkeit immer weniger besteht? Entfernen wir uns nicht zu sehr von unserer Basis? Wo finden die politischen Diskussionen statt? Welche alternativen Möglichkeiten bieten wir an? Beim NASA-Spiel geht es um das Erkennen von unterschiedlichen Arbeitsweisen und Entscheidungsfindungsprozessen in Einzel- oder Gruppenarbeiten. Drei Erkenntnisse aus diesem Spiel:

- Bei der Gruppenarbeit dauert der Prozess immer eindeutig länger.
- Gruppenarbeiten erzielen aber immer neue, andere und vielfach bessere Ideen als Einzelarbeiten.
- Es ist wichtiger, dass eine Gruppe zu einem Ergebnis kommt, als dass Einzelne versuchen ihre Ergebnisse durchzubringen.

Sind dies nicht Parallelen zur Kommissionsarbeit? Klar, Kommissionsarbeit ist oftmals auch mühsam. Aber wichtig ist es dennoch, dass Kommissionen letztlich sehr wertvolle, gute politische Arbeit leisten. Wir sollten Kommissionen stärken und nicht schwächen. Mit jeder Kommission, die aufgehoben und jeder Sitz der in Kommissionen reduziert wird, haben wir einen interessierten Bürger weniger, welcher sich aktiv in der politischen Behörde einbringen kann. Somit ergibt sich eine Schwächung der direkten Demokratie. Müssen politische Entscheidungen vor allem schnell oder aber breit abgestützt gefällt werden?

Monika Lanz (FDP): Im Zusammenhang mit dem Wiedererwägungsantrag des Gemeinderates hat sich die FDP-Fraktion nochmals intensiv mit der Finanzkommission auseinandergesetzt. Die FDP-Fraktion wird beantragen, dass eine Sachkommission Finanzen eingeführt wird und die bisherige Finanzkommission aufgehoben werden kann. Im Weiteren wird man auf das Thema Anzahl Mitglieder der Sachkommission eingehen, da die Abstimmung bei der 1. Lesung sehr knapp ausfiel. Ausserdem wird auch die Unvereinbarkeit nochmals aufgenommen.

Ursula Zybach (SP): Auch die SP-Fraktion hat sich nochmals intensiv mit den Unterlagen auseinandergesetzt. Dabei hat man sich mit den Artikeln 9, 44 und 58 sowie der Anzahl Mitglieder der ständigen Kommissionen befasst. Es muss nochmals eine intensive Diskussion zu diesen Themen geführt werden.

Rudolf Thomann (SVP): Die SVP-Fraktion kann der Version der Gemeindeordnung nach 1. Lesung fast ausnahmslos zustimmen. Einzig zu Art. 35 wird die SVP-Fraktion einen Wiedererwägungsantrag stellen.

Allgemeine Diskussion

Walter Holderegger: Er wird zu Art. 9 (Unvereinbarkeit) eine Stellungnahme der SP-Fraktion abgeben. Bei Art. 9 soll der Lehrerschaft wie bisher ermöglicht werden, im GGR und Gemeinderat vertreten zu sein. Die Formulierung soll wie folgt aufgenommen werden:

„Die durch die Gemeinde beschäftigten AbteilungsleiterInnen, DienstchefInnen und der/die HauptschulleiterIn der Volksschule inkl. deren stellvertretenden Personen sind nicht wählbar in

- den Grossen Gemeinderat
- den Gemeinderat
- das ihnen unmittelbar übergeordnete Organ
- in Kommissionen (vorbehalten bleibt der Einsitz von Amtes wegen).“

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Detailanträge anlässlich der artikelweisen Beratung gestellt werden können.

Urs Gurtner: Er ist erstaunt über die Wiedererwägungsanträge des Gemeinderates. Immerhin hat der GGR mit 18 : 12 Stimmen entschieden, die Finanzkommission beizubehalten. Immerhin haben nur 6 Mitglieder für die Aufhebung der Sicherheitskommission gestimmt und eine grosse Mehrheit für die Beibehaltung. Immerhin haben sich 20 : 11 Stimmen für die Integration der Sport- in die Bildungskommission geäussert. Er will nicht über die Beweggründe des Gemeinderates spekulieren. Er bekundet aber grosse Mühe mit der Formulierung in der Botschaft, dass aus verwaltungsökonomischen Gründen auf die Arbeit der Finanzkommission verzichtet werden könne. Er hat das ungute Gefühl, dass aus einer Verwaltungsökonomie plötzlich eine Verwaltungsautonomie werden könnte. Es kann nicht sein, dass unter dem Argument direktere Wahrnehmung der Führungsrolle und Führungsverantwortung des Gemeinderates, die Mitwirkung einer Kommission insbesondere beim Budgetierungsprozess ausgeschaltet wird. Eine Sachkommission Finanzen, wie dies die

FDP-Fraktion vorschlägt, könnte eine Variante sein. Ein wichtiger Punkt ist die Mitwirkung bei der Budgetierung. Dies geht verloren, wenn die Finanzkommission abgeschafft wird. Es wird um die Frage gehen, welche Kompetenzen eine Sachkommission Finanzen oder die GPK haben wird. Darf das Geschäft nur formal geprüft oder darf das Geschäft auch politisch beurteilt und dem GGR eine entsprechende Empfehlung abgegeben werden. Diese Frage muss vorgängig geklärt werden, bevor die Finanzkommission abgeschafft wird. Er wird deshalb wahrscheinlich für eine Beibehaltung der Finanzkommission als ständige Kommission stimmen. Es sei denn, diese Frage kann noch geklärt werden. Der Aufhebung der Sicherheitskommission kann er zustimmen, da die Sachkommission Sicherheit bestehen bleibt. Für wichtige Geschäfte im Bereich Verkehr können nicht-ständige Kommissionen eingesetzt werden. Er bedauert, dass der Sport nur noch marginal vertreten sein wird, nämlich in der Sachkommission Bildung/Kultur/Sport. Die Argumente kann er jedoch nachvollziehen. Ohne Sport in der Bildungskommission ist er auch der Ansicht, dass 7 Mitglieder ausreichen.

Detailberatung

Art. 9.1 (Unvereinbarkeit)

Walter Holderegger (SP): Die SP-Fraktion beantragt folgendes Rückkommen auf diesen Artikel:

„Die durch die Gemeinde beschäftigten AbteilungsleiterInnen, DienstchefInnen und der/die HauptschulleiterIn der Volksschule inkl. deren stellvertretenden Personen sind nicht wählbar in

- den Grossen Gemeinderat
- den Gemeinderat
- das ihnen unmittelbar übergeordnete Organ
- in Kommissionen (vorbehalten bleibt der Einsitz von Amtes wegen).“

Die SP-Fraktion hat sich eingehend mit diesem Problem befasst. Man ist der Ansicht, dass Lehrer bisher gute politische Arbeit geleistet haben seit 1976. Er hat auch im Grossen Rat gute Erfahrungen mit den Lehrern gemacht. Ausnahmen bestätigen die Regel. Mit der neuen Formulierung soll auch eine Öffnung für die Gemeindeangestellten stattfinden. Ausgeschlossen bleiben jedoch die vorgenannten Funktionen. Der Lehrerschaft und den Gemeindeangestellten soll ermöglicht werden, Einsitz zu nehmen.

Urs Gurtner (FDP): Der Entscheid, wie er nach der 1. Lesung vorliegt, dass weder Lehrer noch Gemeindeangestellte im GGR und im Gemeinderat vertreten sein können, wurde mit 14 : 14 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten sehr knapp gefällt. Es waren ausserdem nur 31 von 36 GGR-Mitglieder anwesend. Es erscheint deshalb legitim, nochmals über diesen Artikel zu diskutieren. Lehrkräfte sind nach Ansicht des AGR (Amt für Gemeinden und Raumordnung) Gemeindeangestellte. Diese Auslegung der Juristen ist Fakt und zu akzeptieren. Das Gemeindegesetz führt aus, dass Beschäftigungen durch die Gemeinde, welche dem Gemeindeparlament und dem Gemeinderat oder einer Kommission mit Entscheidbefugnis unmittelbar untergeordnet sind, diesen Organen nicht angehören dürfen. Unmittelbar untergeordnet sind weder die Lehrkräfte der Volksschule Spiez noch die die Mehrzahl der Gemeindeangestellten. Das Gemeindegesetz sagt weiter aus, dass die Gemeinden weitere Unvereinbarkeiten festlegen können. Sie müssen aber nicht. Eine Mehrheit der FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass Gemeindeangestellte und Lehrkräfte der Volksschule Spiez gleich behandelt werden sollten. Im Gegensatz dazu sollte aber das passive Wahlrecht und damit die Möglichkeit zur Mitwirkung in der Gemeindepolitik nicht verwehrt werden. Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass dies bei bestimmten Geschäften zu Interessenskonflikten führen könnte. Ein Teil der Fraktion ist aber überzeugt, dass bei einem allfälligen Eintritt eines solchen Falles, die demokratischen Anstandsregeln und die Vernunft sowohl im GGR als auch im Gemeinderat spielen werden. Ein Teil der Fraktion unterstützt deshalb inhaltlich den Antrag der SP-Fraktion, welche die Unvereinbarkeit nur für Kaderpersonen der Verwaltung und der Hauptschulleitung vorsieht. Es wird jedoch folgende Formulierung beantragt:

„Kaderpersonen der Gemeindeverwaltung (Abteilungsleitung, Dienstchefs und deren Stellvertretungen) sowie Personen der Hauptschulleitung der Volksschule Spiez dürfen dem Grossen Gemeinderat, dem Gemeinderat sowie dem ihnen unmittelbar übergeordneten Organ nicht angehören. Vorbehalten bleibt der Einsitz in Kommissionen von Amtes wegen.“

Philipp Zimmermann (GS): Die GS-Fraktion hat bereits bei der 1. Lesung den Vorschlag unterbreitet, das kantonale Gesetz anzuwenden und nur diejenigen Einschränkungen zu übernehmen, welche vom Kanton vorgeschrieben sind. Beide Anträge gehen in diese Richtung. Es soll möglichst allen Personen die Möglichkeit zur Einsitznahme in den GGR und den Gemeinderat geboten werden. Es leuchtet ein, dass die den Organen direkt unterstellten Personen (Abteilungsleiter etc.) nicht wählbar sein sollen. Er möchte wissen, was es für Unterschiede bei den beiden Anträgen gibt.

Der Vorsitzende erklärt, dass er die beiden Anträge vor der Abstimmung nochmals vorlesen wird.

Urs Gurtner: Wenn man der Ansicht ist, dass Lehrkräfte und Gemeindeangestellte gleich behandelt werden sollen, kann man entweder beide vom GGR und Gemeinderat ausschliessen oder beide mit gewissen Ausnahmen zulassen. Man kann aber auch Unterschiede machen, wie dies beispielweise die Stadt Bern oder die Gemeinde Worb machen. Dort ist das Gemeindepersonal im Parlament und in der Exekutive nicht zugelassen, die Lehrkräfte aber sehr wohl. Gibt es doch Nuancen im Anstellungsverhältnis? Hier einige Beispiele:

- Lehrkräfte werden von der Schulleitung angestellt
- Das Gemeindepersonal wird vom Abteilungsleiter respektive Gemeindepräsidenten angestellt.
- Der Lohn der Lehrkräfte wird vom Regierungsrat respektive Grossen Rat festgelegt.
- Der Lohn der Gemeindeangestellten wird vom Gemeinderat festgelegt.
- Der Kanton bezahlt 30 % an die Lehrerlöhne.
- Die Gemeindeangestellten erhalten den Lohn zu 100 % von der Gemeinde.
- Lehrer haben ihre Pensionskasse bei der arg gebeutelten Lehrerversicherungskasse.
- Die Gemeindeangestellten haben eine sehr gute, grosse und gesunde Pensionskasse.

Gibt es wirklich Unterschiede, wenn z.B. ein Sozialarbeiter im GGR eine Einfache Anfrage zur Personalsituation bei den Sozialen Diensten einreicht oder wenn ein Lehrer bei der Debatte zur Schulsozial- oder Jugendarbeit seine Erfahrungen schildert oder seine Meinung äussert. Wäre es das Gleiche, wenn ein Werkhofmitarbeiter oder ein Lehrer eine Motion zu den Standards der Produktegruppe Gemeindestrassen, Plätze und Grünanlagen einreichen würde? Als Einzelsprecher stellt er folgenden Eventualantrag zu Art. 9 Abs. 1:

„Das öffentlichrechtlich angestellte Gemeindepersonal darf weder dem Grossen Gemeinderat noch dem Gemeinderat oder einer ständigen Kommission mit Entscheidbefugnis angehören. Vorbehalten bleibt der Einsitz von Amtes wegen. Diese Bestimmung gilt nicht für die Lehrkräfte der Volksschule Spiez. Diese dürfen dem Grossen Gemeinderat oder dem Gemeinderat, jedoch nicht der Bildungskommission angehören.“

René Barben: Die Schulleitung und die Hauptschulleitung müssten gleich gestellt sein. Die Hauptschulleitung führt die Schulleitungen und zusammen bilden sie die Schulleiterkonferenz. Dabei handelt es sich um das Kader der Schule Spiez. Deshalb müsste es heissen: Hauptschulleitung und Schulleitungen. Es handelt sich um einen Antrag.

Die Anträge der SP-Fraktion und der FDP-Fraktion werden bei der Aufzählung mit „Schulleitungen“ ergänzt.

Abstimmung 1

➤ Dem **Antrag der SP-Fraktion**

„Die durch die Gemeinde beschäftigten AbteilungsleiterInnen, DienstchefInnen und der/die HauptschulleiterIn und der Schulleitungen der Volksschule inkl. deren stellvertretenden Personen sind nicht wählbar in

- den Grossen Gemeinderat
- den Gemeinderat
- das ihnen unmittelbar übergeordnete Organ
- in Kommissionen (vorbehalten bleibt der Einsitz von Amtes wegen).“

wird mit **20 Stimmen zugestimmt.**

➤ Auf den **Antrag der FDP-Fraktion**

„Kaderpersonen der Gemeindeverwaltung (Abteilungsleitung, Dienstchefs und deren Stellvertretungen) sowie Personen der Hauptschulleitung und der Schulleitungen der Volksschule Spiez dürfen dem Grossen Gemeinderat, dem Gemeinderat sowie dem ihnen unmittelbar übergeordneten Organ nicht angehören. Vorbehalten bleibt der Einsitz in Kommissionen von Amtes wegen.“

entfallen 12 Stimmen.

Abstimmung 2

➤ Dem **Antrag der SP-Fraktion** (Text siehe oben) wird mit **23 Stimmen zugestimmt.**

➤ Auf den **Antrag von Urs Gurtner**

„Das öffentlichrechtlich angestellte Gemeindepersonal darf weder dem Grossen Gemeinderat noch dem Gemeinderat oder einer ständigen Kommission mit Entscheidbefugnis angehören. Vorbehalten bleibt der Einsitz von Amtes wegen. Diese Bestimmung gilt nicht für die Lehrkräfte der Volksschule Spiez. Diese dürfen dem Grossen Gemeinderat oder dem Gemeinderat, jedoch nicht der Bildungskommission angehören.“

entfallen 2 Stimmen

Abstimmung 3

➤ Auf die Formulierung von Art. 9. Abs. 1 gemäss 1. Lesung **entfallen 9 Stimmen.**

➤ Dem **Antrag der SP-Fraktion** wird mit **23 Stimmen zugestimmt.**

Art. 35 (Mindestvertretung der Aussenbezirke)

Rudolf Thomann (SVP): Wie bereits anlässlich der 1. Lesung beantragt, hält die SVP-Fraktion auch bei der 2. Lesung an der Beibehaltung an der heute geltenden Regelung betreffend Bäuervertretung fest. Das heisst:

Einigen	5
Faulensee	3
Spiezwiler	3
Hondrich	2

Es wird auf die Begründungen anlässlich der 1. Lesung verwiesen. Als persönliche Anmerkung erlaubt er sich auszuführen, dass dieser Artikel 35 so heikel ist, dass eine Änderung dem Volk vorgelegt werden müsste. Nur so hat man Gewähr, dass nichts Falsches gemacht wird und die Bäueren nicht ausgegrenzt werden. Dem Antrag der SVP-Fraktion zur Beibehaltung der heute geltenden Regelung in Sachen Bäuervertretung ist zuzustimmen.

Marianne Roe: Sie wünscht sich, dass die Mindestvertretungen der Aussenbezirke wie in der bisherigen Gemeindeordnung bestehen bleiben. Sie wehrt sich vehement, dass die Mindestvertretungen auf eine abstrakte, unwirkliche Weise abgeändert werden sollen. Eine Stöckligarantie ist völlig unrealistisch. Es ist nun mal Tatsache, dass die Vertreter der Aussenbezirke ungleiche Chancen haben, in den GGR gewählt zu werden. Als Einwohnerin der Bäuer Einigen wird sie hauptsächlich von den Stimmberechtigten aus Einigen mit rund 1'600 Einwohnern gewählt. Ein Einwohner des Zentrums hingegen von 7'650 Einwohnern. Man ist vor allem in seinem Bezirk bekannt. Es muss doch einleuchten, dass die Vertreter der Bäueren im GGR garantiert und verhältnismässig vertreten sein müssen. Wer vertritt denn sonst die Aussenbezirke verhältnismässig. Sie kann der Gemeindeordnung mit all diesen Nachteilen für die Bäueren nicht zustimmen. Sie hofft, dass auch den Einwohnern von Spiez klar ist, dass sie diese Gemeindeordnung so lange nicht annehmen, bis die Forderungen der Rechte der Aussenbezirke wieder darin enthalten sind. Sie bittet den Wiedererwägungsantrag der SVP-Fraktion zu unterstützen.

Irma Grandjean: Der Formulierung von Artikel 35 gemäss 1. Lesung mit Stöckligarantie kann sie zustimmen. Es kann festgestellt werden, dass mit der bisherigen Mindestvertretung vor allem bei der SVP effektiv gewählte Vertreter des Zentrums wegen der Mindestvertretung über die Klinge springen mussten. Die Stöckligarantie ist realistischer. Gegen Ende der Legislatur sind die Mindestvertretungen meistens nicht mehr gewahrt. Man darf nicht so illusorisch sein zu denken, dass sich nur die Bäuervertreter für die Aussenbezirke einsetzen. Es gibt sehr wohl Vertreter des Zentrums, welche sich für die Aussenbäueren einsetzen. Es gibt aber auch Einwohner der Bäueren, welche sich nicht von den Bäuervertretern vertreten fühlen.

Abstimmung

- Der Formulierung gemäss **1. Lesung** wird mit **23 Stimmen zugestimmt**.
- Auf den **Antrag der SVP-Fraktion** die bisher geltende Formulierung beizubehalten **entfallen 9 Stimmen**.

Art. 44.2 (Geschäftsprüfungskommission)

Jürg Staudenmann (SVP): Die SVP-Fraktion beantragt, Art. 44.2 neu den Buchstaben e) einzufügen mit der Formulierung: *Die Prüfung aller Finanzfragen*. Bei einer allfälligen Abschaffung der Finanzkommission ist die SVP-Fraktion der Ansicht, dass die GPK diese Aufgabe übernimmt. Die Geschäftsprüfungskommission hat früher alle Geschäfte des GGR vorberaten. Mit den Sachkommissionen wurde diese Aufgabe eingeschränkt. Die Kapazität wäre vorhanden, dass dies die GPK übernehmen könnte.

Auf den **Ordnungsantrag** von **Dani Brügger** wird **mit grossem Mehr beschlossen**, Art. 44 erst nach der Behandlung von Art. 58 zu behandeln.

Art. 58 (Aufzählung, ständige Kommissionen)

Planungs-, Umwelt und Baukommission

Dani Brügger (GS): Die GS-Fraktion ist der Ansicht, dass die beiden Kommissionen nicht zusammengelegt werden sollten. Die Arbeitsbelastung wäre zu gross mit nur 7 Mitgliedern.

Peter Beyeler (SP): Der Antrag der SP-Fraktion lautet:

Die Planungs- und Umweltkommission sowie die Baukommission sind als eigene ständige Kommissionen beizubehalten.

Das Zusammenlegen dieser beiden Kommissionen suggeriert auf Anhieb, dass die beiden Kommissionen die gleichen Aufgaben wahrnehmen. Dies ist aber nicht der Fall. Die Baukommission prüft Baugesuche auf Baurechts- und Baureglementsconformität und erteilt oder verweigert dementsprechend die Baubewilligung. Die Umwelt- und Planungskommission (UPK) hingegen ist mit wesentlich sensibleren planungsrechtlichen und umweltrelevanten Aufgaben beschäftigt. Ein langjähriges Mitglied der Umwelt- und Planungskommission hat ihm gegenüber ausgeführt, dass diese Kommission für ihn fast so etwas wie das politische Gewissen der Bauverwaltung sei. Die Zusammensetzung dieser Kommissionen anhand der Parteienstärke unterstreicht dies auch. Der Sitzungskalender der Baukommission 2010 enthält 24 Sitzungsdaten. Ab und zu gibt es Besprechungen oder Besichtigungen vor Ort, wo Baugesuche vor Ort beurteilt werden. Er geht davon aus, dass der Sitzungskalender der UPK ähnlich umfangreich ist. Ein Zusammenlegen dieser beiden Kommissionen könnte auch bedeuten, dass wichtige Aufgaben nicht mehr oder nicht mehr mit der geforderten Gründlichkeit und Fachkompetenz erledigt werden können. Einer Zusammenlegung ist aus diesen Gründen nicht zuzustimmen, respektive rückgängig zu machen.

Franz Arnold: Es ist richtig, dass die beiden Kommissionen zwar nicht die gleichen, aber verwandte Aufgaben zu erfüllen haben. Bisher gab es eine Verwaltungsabteilung und zwei Kommissionen mit zwei Ressortvorstehern. Der Bauverwalter dient also zwei Herren. Die 24 Sitzungen pro Jahr sind eine eindrückliche Zahl. Die Frage ist aber auch erlaubt, ob es eine Möglichkeit gäbe, gewisse Synergien bei der Behandlung von Geschäften der beiden Kommissionen zu nutzen. Somit könnten auch gewisse Differenzbereinigungsverfahren zwischen den beiden Kommissionen vermieden werden. Dass die UPK das Gewissen der Baukommission ist, ist eine schöne Formulierung. Als Politiker sind wir jedoch alle unserem Gewissen unterstellt. Die Umwelt- und Planungskommission muss vorausdenken und einen speziellen Fokus auf die Umwelt legen. Die Gemeinde Spiez ist im kantonalen und schweizerischen Vergleich mit seinen Instrumente im Bereich des umweltgerechten Bauens, Planens und weiteren Massnahmen sehr weit fortgeschritten und man muss sich keine grossen Bedenken um das ökologische Gewissen machen. Es ist eine Überlegung Wert, diese beiden Kommissionen zusammenzulegen. Es gibt Synergien zu nutzen.

Abstimmung

- Der Formulierung gemäss 1. Lesung wird mit **18 Stimmen zugestimmt.**
- Auf den **Antrag der GS- und SP-Fraktion entfallen 14 Stimmen.**

Finanzkommission

Urs Gurtner: Er beantragt, die Finanzkommission gemäss Beschluss aus der 1. Lesung beizubehalten. Er befürchtet, dass bei einer Aufhebung eine Sachkommission Finanzen die Geschäfte nur prüfen kann und die Budgetierung sehr verwaltungsökonomisch über die Verwaltung und den Gemeinderat läuft.

Daniel Lanz: Die FDP-Fraktion beabsichtigt, eine Sachkommission Finanzen zu installieren. Mit dem Ordnungsantrag Art. 58 vor Art. 44 zu behandeln besteht nun ein Problem im Ablauf. Die FDP-Fraktion könnte durchaus Hand bieten, die Finanzkommission abzuschaffen. Aber nur dann, wenn ein anderes Gremium die wichtige Aufgabe der Prüfung der Finanzgeschäfte dieser Kommission übernimmt. Deshalb ist die FDP-Fraktion nicht in der Lage, über die Abschaffung der Finanzkommission zu beschliessen, solange diese Frage nicht in Art. 44 geregelt ist. Die FDP-Fraktion müsste an der Finanzkommission festhalten und bei der Behandlung von Art. 44 eine Sachkommission Finanzen installieren. Anschliessend müsste dann nochmals über die Finanzkommission abgestimmt werden.

Franz Arnold: Es ist erfreulich, dass dem Thema Finanzen eine so grosse Bedeutung zugemessen wird. Speziell freut es ihn, dass ein Vertreter der FDP Sorge um demokratische Rechte hat und ihm das Ganze zu ökonomisch zu und her geht in der Verwaltung. Es darf nicht sein, dass das Thema Finanzen stiefmütterlich behandelt wird. Bei der Abschaffung der Finanzkommission geht es nicht darum, dass die Finanzgeschäfte nicht mehr geprüft werden. Bei der anschliessenden Behandlung von Art. 44 weiss man, ob die Finanzkommission abgeschafft wird oder nicht. Dementsprechend kann man sich verhalten. Man kann hier durchaus rational urteilen und beschliessen.

Dani Brügger: Es tut ihm leid, dass er mit seinem Ordnungsantrag gewisse Unruhe gestiftet hat. Es ist möglich, hier bei der Finanzkommission Ja zu stimmen, danach über andere Artikel zu beschliessen, welche sich aufheben und anschliessend einen Rückkommensantrag für die Aufhebung der Finanzkommission zu stellen.

Ursula Zybach (SP): Namens der SP-Fraktion möchte sie die Position zur Finanzkommission darlegen. Man war auch überrascht, dass der Gemeinderat zu diesem Thema einen Wiedererwägungsantrag stellt. An der ursprünglichen Meinung hat sich nichts geändert. Die SP-Fraktion möchte, dass es die Finanzkommission weiterhin gibt. Die Überlegung einer Sachkommission Finanzen kann nicht nachvollzogen werden. Es wäre eher eine Lösung mit der GPK denkbar, welche sich bereits heute mit Themen der Finanzen beschäftigt.

Urs Gurtner: Er möchte vom Gemeindepräsidenten Auskunft über folgende Fragen: Wenn es eine Sachkommission Finanzen gibt oder man die Aufgaben der GPK noch genauer umschreibt, wird es so sein, dass diese parlamentarische Kommission in den Budgetprozess einbezogen wird. Das heisst, dass diese Kommission zusammen mit der Verwaltung mitwirken kann, bevor das Budget im Gemeinderat behandelt wird. Dies ist bereits heute so. Das Budget wird zuerst in der Finanzkommission beraten. Die Finanzkommission hat zwar nur ein Antragsrecht, kürzt aber jedes Mal beträchtliche Beträge bevor das Budget dem Gemeinderat vorgelegt wird. Nach seinem Verständnis haben sowohl die Sachkommissionen wie auch die GPK nur die Geschäfte zu Händen des GGR zu prüfen und zwar auf ihre formelle Richtigkeit. Die GPK ist nichts anderes als eine Sachkommission Finanzen. Deshalb sollte der Trumpf nicht aufgegeben werden, dass eine Kommission beim Budgetierungsprozess mitwirken kann.

Franz Arnold: Die ständigen Kommissionen haben eine vorberatende Funktion. Dies gilt auch für die Finanzkommission. Eine Sachkommission Finanzen ergibt eigentlich keinen Sinn. Durch die Einführung der Sachkommissionen sind bei der GPK gewisse Aufgabengebiete weggefallen. Die GPK ist verantwortlich für die Gebiete Präsidiales und Finanzen. Die GPK und die Sachkommissionen haben keine vorberatende Funktion. Im Entscheidungsprozess ist die GPK involviert, wenn es darum geht, dem GGR Geschäfte vorzulegen.

Bernhard Hauck: Es ist offensichtlich, dass eine Kommission Finanzen gewünscht wird. In welcher Form scheint noch offen zu sein. Er ruft nochmals in Erinnerung, warum über allfällige Aufhebungen von Kommissionen diskutiert wird. Man muss einsehen, dass diese Zwängerei keinen Sinn

macht. Es wird bei sieben Gemeinderäten bleiben. Die Finanzkommission hat nicht selten sogar eine Million Franken eingespart bei der vorberatenden Arbeit zum Budget. Es scheint auch, dass der Ablauf zusammen mit den Abteilungsleitern sehr gründlich und effizient durchgeführt wurde. Es wäre ein Verlust des Demokratieverständnisses und der direkten Demokratie, wenn die Finanzkommission aufgehoben würde.

Theres Indermühle: Die FS-Fraktion will ganz klar die Finanzkommission in der heutigen Form beibehalten.

Abstimmung

- Der Formulierung gemäss 1. Lesung die Finanzkommission beizubehalten wird **mit 24 Stimmen zugestimmt**.
- Auf den **Wiedererwägungsantrag des Gemeinderates** die Finanzkommission aufzuheben **entfallen 8 Stimmen**.

Bildungs- und Sportkommission

Theres Indermühle (FS): Die Sportkommission ist ein wichtiger Bestandteil unseres Dorflebens. Die FS-Fraktion ist der Ansicht, dass diese ein angemessenes Mitspracherecht für die Benützung der Sportanlagen und Benützungsreglemente haben sollte. Deshalb ist die FS-Fraktion gegen eine Abschaffung der Sportkommission. Einer Trennung der Sport- von der Bildungskommission kann zugestimmt werden. Die Sportkommission könnte gleich wie die Kulturkommission nicht politisch sondern mit Vertretern der grössten Sportvereine zusammengesetzt werden. Dies würde in etwa dem Sportvereinskonvent entsprechen, hätte aber einen anderen Stellenwert. Die FS-Fraktion beantragt deshalb, die Sportkommission nicht zu streichen und wie die Kulturkommission mit Interessenvertretern zu besetzen.

Anna Fink (EVP): Der Antrag der EVP-Fraktion geht in eine ähnliche Richtung wie derjenige der FS-Fraktion. Die EVP-Fraktion teilt die Ansicht des Gemeinderates, die Bildungs- und Sportkommission wieder auseinanderzunehmen. Die Bildungskommission wurde vor nicht allzu langer Zeit aus drei Kommissionen zu einer Kommission zusammengeführt. Es ist wichtig, dass sich diese Kommission ausschliesslich den umfassenden Bildungsfragen widmen kann. Es tönt zwar im ersten Moment gut, den Sport in die Bildungskommission aufzunehmen. Es wird jedoch gezweifelt, ob dies für den Sport in der Praxis den gewünschten Raum geben würde. Es ist wichtig, dass dem Sport Raum für seine Anliegen gegeben wird. Es sollte eine Schnittstelle zwischen Bildung und Sport geben. Deshalb kommt die EVP-Fraktion zu einem ähnlichen Schluss, wie die FS-Fraktion. Neu soll deshalb die Abteilung Bildung/Kultur mit dem Sport ergänzt werden. Es wäre wichtig, dass der Sport weiterhin aufgeführt wird. Es soll deshalb ein Ausschuss aus Vertretern des Sportbereiches gebildet werden. Der Antrag der EVP-Fraktion lautet:

Auf die Zusammenlegung der Bildungs- und Sportkommission wird verzichtet. Der Sport wird der Abteilung Bildung/Kultur/Sport zugeordnet. Diese wird beauftragt, einen Sportausschuss zu bilden, welche Ziele und Zusammenarbeit definiert. Der Ausschuss ist nicht politisch zusammengesetzt. Die verschiedenen Sportvereine und Sportbereiche sind angemessen zu berücksichtigen.

Franz Arnold: Zum Antrag der EVP-Fraktion kann ausgeführt werden, dass es nicht Sache des GGR ist, welcher Abteilung der Sport zugeordnet wird. Dies ist Sache des Gemeinderates.

Anna Fink (EVP): Es ist der EVP-Fraktion bewusst, dass dies nicht Sache des GGR ist. Das Anliegen soll jedoch deponiert werden. Es soll jedoch bei einer allfälligen Aufhebung der Sportkommission sichergestellt werden, dass der Sport weiterhin aufgeführt ist.

Franz Arnold: Dies ist Sache des Gemeinderates, aber zur Beruhigung kann ausgeführt werden, dass dies so angedacht ist. Die Ressorts Bildung und Sport sind eng verknüpft und nicht so artfremd, wie dies manchmal ausgeführt wird.

Abstimmung 1

- Dem **Antrag der FS- und der EVP-Fraktion** die Sportkommission nicht aufzuheben und von der Bildungskommission zu trennen wird mit **26 Stimmen zugestimmt**.
- Auf den **Wiedererwägungsantrag des Gemeinderates** die Sportkommission aufzuheben **entfallen 5 Stimmen**.

Abstimmung 2

- Auf die Formulierung der 1. Lesung die Sport- und Bildungskommission zusammenzuführen **entfallen 0 Stimmen**.
- Dem **Antrag der FS- und der EVP-Fraktion** die Sportkommission nicht aufzuheben und von der Bildungskommission zu trennen wird mit **grossem Mehr zugestimmt**.

Sicherheitskommission

Abstimmung

- Der Formulierung gemäss 1. Lesung die Sicherheitskommission beizubehalten wird mit **21 : 11 Stimmen zugestimmt**.

Schlussabstimmung über den Artikel 58 (mit 28 : 2 Stimmen)

Es bestehen nebst der Geschäftsprüfungskommission und den Sachkommissionen folgende ständige Kommissionen:

- Planungs-, Umwelt- und Baukommission
- Finanzkommission
- Kulturkommission
- Bildungskommission
- Sportkommission
- Sicherheitskommission
- Sozialkommission

Art 44 (Sachkommissionen)

Monika Lanz (FDP): Die FDP-Fraktion beantragt, die Bildung einer Sachkommission Finanzen. Das Budget, die Rechnung und der Finanzplan sind komplexe Themen. Das Parlament hat keine Sachkommission, welche Informationen abgibt und durch das Parlament beurteilbar sind. Vielleicht wird ein Teil durch die GPK abgedeckt. Die Geschäfte werden jedoch nur formal geprüft und es gab nur zwischendurch einige Hinweise. Inhaltlich war jedoch wenig zu spüren. Es fehlt ihr, dass eine Finanzkommission hier im Parlament eine Stimme hat und ausführt, was genau kontrolliert,

was mit den Produktgruppenverantwortlichen besprochen wurde und welche Fragen aufgetaucht sind. Wir haben einen Auftrag der Bevölkerung zu schauen, was mit der Rechnung und dem Voranschlag passiert. Sie möchte deshalb eine Kommission, welche hier im Rat auf Details aufmerksam macht. Dieser Input fehlt, um mit gutem Gewissen hinter diesen Geschäften zu stehen. Wir haben zwar eine Finanzkommission. Diese hat aber hier im Parlament keine Stimme. Es handelt sich um eine gemeinderätliche Kommission, welche mit dem Gemeinderat und der Abteilung zusammenarbeitet. Eine parlamentarische Kommission, welche sich intensiv mit den Finanzen auseinandersetzt fehlt. Die GPK hat sie bisher in diesem Zusammenhang zu wenig wahrgenommen. Ihr fehlt dieses Wissen. Als Variante könnte man eine Erweiterung zum Antrag der SVP-Fraktion vornehmen, indem die GPK die Finanzgeschäfte nicht nur formal, sondern auch inhaltlich prüfen soll. Es braucht ein Instrument, welches das Parlament unterstützt.

Franz Arnold: Wenn eine Sachkommission Finanzen eingeführt werden soll, stellt sich die Frage, welche Aufgaben eigentlich die GPK noch erfüllen soll. Die GPK ist zuständig für das Präsidiale und die Finanzen. Wenn die GPK bei einem Budget mit einem grossen Budgetdefizit das Gefühl hat, dass man dies nicht verantworten kann, ist es durchaus Sache der GPK dagegen zu opponieren. Eine spezielle Sachkommission Finanzen würde der GPK die meisten Geschäfte wegnehmen. Die GPK wäre nur noch zuständig für das Präsidiale. Dieser Vorschlag ist nicht nachvollziehbar. Es ist sinnvoll, die GPK so weiterzuführen wie bisher. Die Finanzkommission bleibt als vorberatendes Organ des Gemeinderates weiterbestehen. Die Befürchtungen, welche mit einer Abschaffung verbunden waren, sind dahingefallen. Es liegt aber in der Verantwortung jeder Fraktion und jedes einzelnen Mitgliedes des GGR sich seine eigene Meinung zu einem Geschäft zu bilden. Parlamentarische Kommissionen sind nicht beratend tätig, sondern nehmen die Aufgabe wahr, dem GGR zu sagen, ob diesen Geschäften mit gutem Gewissen zugestimmt werden kann oder nicht. Die Führung der inhaltlichen Diskussionen ist Sache des GGR. In diesem Sinn ist die Schaffung einer zusätzlichen Sachkommission unnötig. Die GPK nimmt diese Aufgaben bereits wahr.

Nadja Keiser: Am Ende ihres GPK-Präsidiiums hat sie nun Art. 44 nochmals gut gelesen und stellt fest, dass die GPK die Geschäfte nicht nur formell prüfen kann. Gemäss diesem Artikel begutachtet und prüft die GPK die Geschäfte und zwar alle, soweit diese nicht in die Zuständigkeit der parlamentarischen Sachkommissionen fallen. Die Finanzen sind deshalb enthalten. Die GPK hat das Recht auch Antrag zu stellen (Art. 44.3). Die GPK kann mehr als nur formell prüfen. Aus diesem Grund ist sie auch politisch zusammengesetzt.

Ernst Hautle: Man hat bisher nicht bemerkt, dass die GPK die Geschäfte Budget und Rechnung prüfen darf. Es ist kaum vorstellbar, dass die GPK zusammen mit den Abteilungsleitern das Budget im Detail beraten hätte. Eine Sachkommission Finanzen würde diese Aufgabe übernehmen und hier Bericht erstatten.

Franz Arnold: Die GPK prüft das Budget und die Rechnung durchaus. Sowohl der Finanzvorsteher wie auch der Finanzverwalter sind anlässlich der Behandlung des Budgets und der Rechnung in der GPK-Sitzung anwesend. Dabei werden bestimmte Aspekte detailliert beleuchtet. Es handelt sich nicht um eine defensive Rolle, wie dies Ernst Hautle ausgeführt hat.

Bernhard Hauck: Der grosse Vorteil der Finanzkommission ist, dass die Proportionalität der Parteien gewahrt ist. Deswegen werden die beratenden Vorschläge der Finanzkommission auch sehr gut getragen (ca. 90 - 95 %). Dies ist ein wichtiger Aspekt, welcher bei einer Sachkommission mit 3 Mitgliedern nicht mehr gewahrt wäre.

Nadja Keiser: Die GPK hat die Geschäfte geprüft und diskutiert. Bei der Vorstellung des Geschäftes im GGR wurde darauf hingewiesen, dass das Geschäft formell in Ordnung ist und beraten werden darf. Das heisst nicht, dass das Geschäft in der GPK nicht geprüft und besprochen wurde.

Abstimmungen

- Der **Antrag der FDP-Fraktion** neu eine Sachkommission Finanzen einzuführen wird mit **21 : 5 Stimmen abgelehnt**.
- Dem **Antrag der SVP-Fraktion** neu in Art. 44 e) die Prüfung aller Finanzfragen aufzunehmen wird mit **16 : 15 Stimmen zugestimmt**.
- Der **Antrag der FDP-Fraktion** um Aufnahme einer Sachkommission Finanzen (Art. 44a 1 wird mit **grossem Mehr abgelehnt**.

Art. 44a 2 (Anzahl Mitglieder Sachkommissionen)

Monika Lanz (FDP): Die FDP-Fraktion beantragt, die Anzahl Mitglieder der Sachkommissionen von 3 auf 5 zu erhöhen. Ein Beschluss der Sachkommissionen mit 3 Mitgliedern ist nicht sehr aussagekräftig. Mit 5 Mitgliedern wären die Beschlüsse auch parteipolitisch breiter abgestützt.

Abstimmung

- Der Formulierung gemäss 1. Lesung, dass die Sachkommissionen aus 3 Mitgliedern bestehen, wird mit **grossem Mehr zugestimmt**.

Anhang I: Kommissionen

Ursula Zybach (SP): Die SP-Fraktion stellt den Wiedererwägungsantrag, bei allen Kommissionen die Mitgliederzahl auf 9 zu erhöhen. Dieser Antrag gilt für alle ständigen Kommissionen.

Abstimmung 1

- Der Formulierung gemäss 1. Lesung die Mitgliederzahl der ständigen Kommissionen bei 7 zu belassen wird mit **18 Stimmen zugestimmt**.
- Auf den **Antrag der SP-Fraktion** die Mitgliederzahl auf 9 zu erhöhen **entfallen 13 Stimmen**.

Abstimmung 2

- Auf die Formulierung gemäss 1. Lesung die Mitgliederzahl der Bildungskommission bei 9 Mitgliedern zu belassen wird mit **17 Stimmen zugestimmt**.
- Auf die Formulierung gemäss Abstimmung 1 die Mitgliederzahl auf 7 zu belassen **entfallen 14 Stimmen**.

Sportkommission

Theres Indermühle (FS): Mit der Trennung der Sport- und der Bildungskommission wurde vorhin auch beschlossen, die Sportkommission beizubehalten. Die FS-Fraktion beantragt, dass die Sportkommission nicht politisch zusammengesetzt ist. Die sportlichen Vereinigungen sind angemessen zu berücksichtigen.

Abstimmung

- Dem **Antrag der FS-Fraktion**, dass die Sportkommission nicht politisch zusammengesetzt ist und die sportlichen Vereinigungen angemessen berücksichtigt werden müssen, wird **mit grossem Mehr zugestimmt**.

Beschluss (mit 32 : 0 Stimmen, bei 1 Enthaltung)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 27.1 a) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Die Teilrevision der Gemeindeordnung wird mit den vorstehend beschlossenen Änderungen zu Händen der Volksabstimmung genehmigt.
2. Das Ratsbüro GGR wird zur Abfassung der Urnenbotschaft ermächtigt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

143 1.12 Reglemente/Verordnungen

Wahl- und Abstimmungsreglement / Teilrevision, 2. Lesung, Verabschiedung z.H. Volksabstimmung

Ausführungen des Gemeinderates

Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Ausführungen.

Stellungnahme der GPK

Theres Indermühle: Gegenüber der 1. Lesung wurde eine Änderung in Art. 38.5 aufgenommen (Ersatzperson statt Ersatzmann).

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion / Detailberatung

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (mit 32 : 0 Stimmen, bei 1 Enthaltung)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 27.1 b) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Die Teilrevision des Wahl- und Abstimmungsreglementes wird zu Handen der Volksabstimmung genehmigt.
2. Das Ratsbüro GGR wird zur Abfassung der Urnenbotschaft ermächtigt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

144 1.12 Reglemente/Verordnungen Geschäftsordnung GGR / Teilrevision, 2. Lesung, Genehmigung

Ausführungen des Gemeinderates

Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Ausführungen.

Stellungnahme der GPK

Jürg Staudenmann: Die GPK hat anlässlich der Sitzung vom 17. November 2010 das Geschäft geprüft. Das Ergebnis der 1. Lesung wurde verarbeitet und liegt nun in der vorliegenden Fassung vor. Die GPK stellt fest, dass das Geschäft so behandelt werden kann.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion / Detailberatung

Keine Bemerkungen.

Beschluss (mit 33 : 0 Stimmen)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art.40.1 d) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Die Teilrevision der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates wird genehmigt.
2. Die Teilrevision der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates wird auf den 01. Januar 2011 in Kraft gesetzt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Pause von 16.00 - 16.10 Uhr

145 8.100 Finanzplanung, Voranschlag

Gemeindevoranschlag 2011

a) NPM / Produktdefinitionen

b) Gemeindevoranschlag 2011

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold: Der Gemeindevoranschlag 2011 ist nach der Methode NPM aufgebaut. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass es nach wie vor ein Modell ist, welches die richtigen Fragestellungen am richtigen Ort platziert. Es handelt sich um ein gutes Instrument für die Gemeindeführung. Das heisst aber nicht, dass alle Mängel ausgemerzt sind, aber als Grundmodell ist es das richtige und wichtige Instrument. Es ist ein parlamentarischer Vorstoss hängig, ob NPM beibehalten oder abgeschafft werden soll. Bei diesem Modell stellt sich immer wieder die Frage von verschiedenen Seiten, wann effektiv etwas geändert werden kann. In der Geschäftsordnung des GGR steht, dass parlamentarische Vorstösse jeweils bis zur April-Sitzung eingereicht werden können. Damit kann frühzeitig ausgeführt werden, in welchem Bereich eine Änderung oder Anpassung des Budgets gewünscht wird. Es ist wichtig zu wissen, dass die Gemeinde Spiez als öffentlich-rechtliche Körperschaft in verschiedene vertragliche und andere Bedingungen eingebunden ist. Sie muss zum Teil langfristige Verpflichtungen eingehen (z.B. Lösung des Abfallproblems mit verschiedenen Partnern, externes Personal oder andere mittel- bis langfristig eingegangene Verpflichtungen). Aus diesem Grund ist es klar und naheliegend, dass kurzfristige Änderungen nicht möglich sind. Es wurde bereits früher das Bild des Hochseedampfers erwähnt, welches den Kurs nicht schnell ändern kann. Im Rahmen der heutigen Debatte ist es aber möglich, dem Gemeinderat Zeichen zu setzen und Anregungen zu deponieren, in welchen Bereichen der Status oder die Flughöhe nicht angebracht erscheinen und wo möglichst bald Veränderungen oder Verbesserungen der Situation eingeleitet werden müssen. In der heutigen Debatte können Zeichen für künftige Budgets gesetzt werden, kurzfristige Änderungen sind aber nicht möglich. Das Parlament bestimmt die Richtung und die grossen Linien. Die Umsetzung und Gestaltung ist die Aufgabe des Gemeinderates in Zusammenarbeit mit der Verwaltung.

Kurt Frei: Als der Gemeinderat am 19. April 2010 den Startschuss zur Erarbeitung des Budgets 2011 gab verabschiedete er folgende Ziele:

1. Die Steueranlage soll auf 1,67 Einheiten verbleiben.
2. Der Selbstfinanzierungsgrad für das Jahr 2011 beträgt mindestens 120%
3. Der Voranschlag schließt mindestens ausgeglichen oder mit einem Ertragsüberschuss ab.

Blickt man nun auf das Resultat, so stellt man fest, dass in 1 ½ Punkten das Ziel des Gemeinderates erreicht wurde.

- Die Steueranlage wird belassen
- Der Voranschlag kann mit einem budgetierten Aufwandüberschuss mit ca. 0,06 % des Aufwandes als ausgeglichen betrachtet werden.
- Einzig der nicht erreichte Selbstfinanzierungsgrad von 120% darf als verfehlt bezeichnet werden.
- Für ihn ist das Glas halb voll und nicht halb leer.

Betrachten wir den Voranschlag 2011, so erreichen wir eine Selbstfinanzierung von 3.18 Mio. Investitionen sind in der Höhe von 7,2 Mio. vorgesehen. Der Gemeinderat hat bewusst die Investitionsschraube gelockert, damit einerseits kein Investitionsstau eintritt und somit substanzerhaltende Arbeiten am Verwaltungsvermögen ausgeführt werden können. Andererseits möchte sich der Gemeinderat mit dem Herauffahren der Investitionen, soweit er dies bewirken kann, antizyklisch verhalten. Betrachten wir das Budget ohne Spezialfinanzierung so können wir feststellen, dass der Finanzierungsfehlbetrag noch 1,15 Mio. Franken beträgt.

Welches sind die wesentlichen Änderungen im Vergleich zum Budget 2010?

- Tiefere Passivzinsen (- Fr. 208'000)
- Tiefere Abschreibungen (- Fr. 248'000)
- Tiefere Beiträge (- Fr. 886'800)
- Höhere Erträge für Entgelte (+ Fr. 750'000)
- Steuerertrag (+ Fr. 109'000)

Aufgrund der Reduktion der Schulden fallen die Passivzinsen tiefer aus. Dank den guten Rechnungsabschlüssen konnten in den letzten Jahren zusätzliche Abschreibungen getätigt werden und damit das Verwaltungsvermögen reduziert werden. Entsprechend kann der Aufwand für die Abschreibungen im Jahr 2011 reduziert werden. Die tieferen Beiträge sind vor allem auf tiefere Beiträge an Private Haushalte (Sozialhilfe) zurückzuführen. Die höheren Erträge bei den Entgelten sind zu einem grossen Teil auf höher budgetierte Rückerstattungen in der Sozialhilfe zurückzuführen. Weiter fallen die Erträge für Parkierungsgebühren und Ordnungsbussen höher aus. Trotz Steuergesetzrevision wird im Jahr 2011 mit einer Zunahme des gesamten Steuerertrages gerechnet.

Die grössten Investitionsvorhaben für 2011 sind einerseits die Sanierung des Gebäude A des Schulzentrums Längenstein und diverse Projekte zur Instandhaltung der Gemeindestrassen. Diese beiden Projekte sind denn auch diejenigen, welche mit über Fr. 2 Mio. die gesamten Investitionsausgaben zu einem Drittel belasten. Auch bei der Realisierung des Uferwegnetzes möchte man einen Schritt weiterkommen. Dazu sind Fr. 150'000.- vorgesehen. Auch hier gilt, dass das Eine die Realisierung eines Projektes ist und das Andere der Unterhalt. Das sehen wir beim Vorhaben Sanierung „Steg Seegarten-Ländte“ für den Fr. 200'000.- vorgesehen sind. Auch die Planung Neubau Bibliothek / Ludothek / Verwaltung soll weiter in Richtung Projekt Definition und Abstimmungsreife vorangetrieben werden. Nebst den aufgelisteten grösseren Vorhaben sind noch verschiedene „kleinere“ Investitionen im Bereich je Fr. 100'000 geplant (s. Seite 10 im Vorbericht oder Seiten 19 – 24 Investitionsrechnung).

Im Zeitrahmen 2012 - 2014 wird der Hauptbrocken die Realisierung der Bibliothek / Ludothek / Verwaltungsräume sein. Diverse Sanierungsprojekte an unseren Schulliegenschaften sind auch nicht zu unterschätzen. Hier sticht vor allem die vorgesehene gesamt Sanierung der Turnhalle Roggern in Einigen im 2014 hervor.

Im kommenden Jahr stehen einige grosse Projekte an. Wir müssen realistisch feststellen, dass der Selbstfinanzierungsanteil der Gemeinde als ungenügend bezeichnet werden muss. Die Auswirkungen der Finanzkrise und der Steuergesetzrevision sind bis jetzt nicht bekannt. Wir generieren beträchtliche Ausgaben um die Infrastruktur der Gemeinde auf gutem Niveau zu halten. Bevor über eine finanzielle Kurskorrektur entschieden werden kann, muss der Gemeinderat diverse Punkte prüfen. Für das Budget 2012 wird der Gemeinderat die Rahmenbedingungen zu Handen der Abteilungen festlegen. Im September 2011 muss der GGR darüber befinden und im November (sofern eine Steuerfusskorrektur beantragt wird) müsste das Volk darüber abstimmen.

Stellungnahme der GPK

Andreas Bürki: Die GPK hat das Budget 2011 geprüft und intensiv darüber diskutiert. Die Aspekte der Budgetierung konnten durchwegs als richtig beurteilt werden. Die GPK empfiehlt deshalb auf das Geschäft einzutreten. Allen Produktgruppenverantwortlichen sowie Stefan Christen und seinem Team wird für die grosse Arbeit bestens gedankt.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Allgemeine Diskussion

Fraktionssprecher

Godi Bärtschi (EVP): Die EVP-Fraktion unterstützt den vorliegenden Gemeindevoranschlag 2011 grundsätzlich. Es handelt sich um ein ausgeglichenes Budget. Den Verfassern wird bestens gedankt. Irritiert hat jedoch, dass Gemeinderat Kurt Frei und Finanzverwalter Stefan Christen im Vorfeld in der Presse eine mögliche Steuersenkung schmackhaft gemacht haben. Dies wird als gefährlich betrachtet, bevor darüber genauer debattiert wurde. Aus der Vorlage, Seite 11, wird zitiert: „Trotz der erfreulichen Rechnungsergebnisse der letzten Jahre bleibt der enge finanzielle Handlungsspielraum auch in den nächsten Jahren eine Realität. Neue Aufgaben und Investitionen sind weiterhin sorgfältig und verantwortungsbewusst zu prüfen. Nach Möglichkeit sind zusätzliche finanzielle Belastungen zu kompensieren.“ Diese Aussage passt nicht zusammen mit derjenigen aus der Presse. Aufgrund folgender Fakten wird von einer Steuersenkung dringendst gewarnt. Gemäss Voranschlag 2011 wird eine Neuverschuldung von Fr. 1.1 Mio. erwartet ohne Spezialfinanzierungen. Der angestrebte Selbstfinanzierungsgrad von 120 % wird nur mit 72 % ausgewiesen. Der Ausbaubedarf der Gemeindeverwaltung, Bibliothek und Ludothek wird uns noch ziemlich happig beschäftigen. Nachholbedarf wird auch bei den Sanierungen der Gemeindestrassen gesehen. Wir haben ein sehr grosses Strassennetz in unserer Gemeinde. Langfristig erwarten uns noch einige Investitionen. Auch der Zinssatz der Schuldzinsen wird vermutlich nicht auf dem sensationell tiefen Niveau von 2.85 % bleiben. Auch dort müssen wir uns wappnen. Es wird auch Zusatzaufwand bei den Tagesschulen und dem Hauptschulleiter erwartet. Wir wissen jedoch noch zu wenig darüber. Zusätzliche Aufwendungen für den Finanzausgleich sind ebenfalls zu erwarten. Auch beim Räumli wissen wir noch nicht, was genau passieren wird. Es ist nicht klar, ob wir eine so komfortable Vermietung beibehalten können. Viele weitere Liegenschaften gibt es nicht mehr, welche veräussert werden können und unsere Rechnung aufbessern. Das Silber ist verscherbelt. Vor einer Steuersenkung müssen zuerst Schulden abgebaut und der Selbstfinanzierungsgrad auf 100 % gebracht werden. Eine Steuersenkung wird zum jetzigen Zeitpunkt als unverantwortbar bezeichnet und wird bereits jetzt abgelehnt.

Bernhard Hauck (SP) Namens der SP-Fraktion schliesst man sich den Vorbemerkungen der EVP-Fraktion an. Es ist sehr befremdend, bei einem Gemeindevoranschlag Steuersenkungsgelüste schmackhaft zu machen. Weiter befremdend ist, dass dies sogar von beiden Seiten kommt (Gemeinderat und von der Verwaltungsseite) und in der Presse einen solchen Raum einnimmt. Bei einem ersten Blick auf den Gemeindevoranschlag 2011 und den durchwegs positiven bis euphorischen Vorkommentaren dazu, könnte man fast dazu neigen, das Budget glücklich und kopfnickend durchzuwinken. Nach vertiefterem Hinsehen blieb die SP-Fraktion an drei Ungereimtheiten hängen:

1. Entgegen den vom Gemeinderat im Frühling 2010 verabschiedeten Zielen, den Selbstfinanzierungsgrad für das Jahr 2011 auf mindestens 120% festzulegen, präsentiert er uns nun einen solchen von 72% (ohne die spezialfinanzierten Aufgaben). Wie wir alle wissen, führt jeder Selbstfinanzierungsgrad unter 100 % zu Neuverschuldungen. Auch wenn der voraussichtliche Selbstfinanzierungsgrad der steuerfinanzierten Aufgaben für die kommenden vier Jahre durchschnittlich 92 % betragen sollte, bleiben die gemeinderätlichen Ziele unerfüllt und die Unterdeckung müsste wohl aus dem Eigenkapital mit allen Konsequenzen ausgeglichen werden.
2. Mit der geplanten Steigerung der Investitionen für das Jahr 2011 werden folglich auch wieder die Passivzinsen steigen. Somit würden zusätzliche Abschreibungen, wie sie in den vergangenen Jahren getätigt wurden, schwierig bis unmöglich.
3. Umfangreiche Land- und Liegenschaftsverkäufe des Gemeindegutes in der letzten Zeit haben zwar wundersame Erträge in die Gemeindekasse gespült; bedenken wir aber hierbei vier einschneidende Folgen:
 - a) Einmal veräussertes Besitz kann kein zweites Mal verkauft werden.
 - b) Mit jedem Verkauf schmälert die Gemeinde ihre sicheren Reserven.

- c) Verkauftes Land kann nicht mehr zu eigenen Zwecken genutzt werden.
- d) Erträge, sprich Mietzinsen aus gemeindeeigenen Liegenschaften fallen mit einem Schlag für immer weg.

Mit diesen Bemerkungen und einem grossen Fragezeichen zur positiven Einschätzung der Konjunkturlage, wie sie unsere Finanzoberen gemäss Presseberichten äusserten, möchte die SP-Fraktion dem Gemeindevoranschlag trotzdem zustimmen. Die SP-Fraktion bedankt sich bei Finanzvorsteher Kurt Frei sowie Finanzverwalter Stefan Christen und seinem Team für die gute Arbeit.

Daniel Lanz (FDP): Die FDP-Fraktion findet immer noch keinen Gefallen an NPM. Die Gründe liegen immer noch bei den unmöglichen Steuerungsmöglichkeiten. Es wird damit gerechnet, dass man bald einmal aus dem NPM-Abenteuer aussteigen wird. Der Selbstfinanzierungsgrad sollte über 100 % sein. Der Selbstfinanzierungsanteil sollte bei 10 % liegen. Beim Voranschlag 2011 liegt dieser bei rund 5 %. Das bedeutet ungenügend. Die laufende Rechnung wirft zu wenig Cash-flow ab. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 48 % und damit klar unter 100 %. Die eigenen Mittel reichen nicht aus, die geplanten Investitionen zu tätigen und man verschuldet sich neu. Die Investitionstätigkeit ist recht hoch. Bezüglich der Strukturen der Gemeinde sind die Investitionen als vernünftig zu bezeichnen. Bezüglich der Finanzen, welche wir zur Verfügung haben, sind sie jedoch nicht vernünftig. Wir investieren zwar genügend auch wenn wir dies nicht vermögen. Kurt Frei hat dies vorhin positiv formuliert, indem das Glas halb voll sei. Dies bedeutet etwa so viel, wie wenn man ein Auto kauft und Ende Jahr feststellt, dass man Schulden gemacht hat und das Ziel nur teilweise erfüllt ist. Er sieht deshalb das Glas nicht halb voll. Das finanzielle Problem der Gemeinde Spiez bleibt die laufende Rechnung, diese wirft wiederum zu wenig Cash-flow ab. Dies verhindert einerseits eine nachhaltige Investition, respektive nachhaltigen Schuldenabbau. Solange der GGR und der Gemeinderat nicht bereit sind strukturelle Korrekturen vorzunehmen, wird sich daran leider nichts ändern. Wenn man die kommenden Investitionen betrachtet, wird es nicht ausreichen, wenn die laufende Rechnung nur rund Fr. 3 Mio. Cash-flow generiert. Dort muss strukturell etwas geändert werden. Die FDP-Fraktion stört sich an der wiederholten Augenwischerei, dass der Vergleich des Budgets 2011 mit dem Budget 2010 praktiziert wird. Der Voranschlag müsste sich viel mehr an der letzten Rechnung messen lassen (Rechnung 2009). Wenn man den Personalaufwand mit der letzten Rechnung vergleicht, steigt dieser um 4.9 %. Beim Sachaufwand kann ein ähnliches Bild festgestellt werden. Hier steigt der Aufwand um 10.9 % im Vergleich mit der Rechnung 2009. Ein übervorsichtiges Budget gibt der Verwaltung sehr viel Spielraum und verhindert einen grösseren Spardruck. Bei einer solchen Budgetierung wird sich an der Situation auch nichts ändern. Deshalb beantragt die FDP-Fraktion bei künftigen Voranschlägen, die Veränderungen an der letzten Rechnung zu messen. Braucht dies eine Motion oder kann diese kosmetische Änderung hier beschlossen werden? Es handelt sich nicht um eine substanzielle sondern nur um eine formale Änderung. Die FDP-Fraktion lehnt den Voranschlag 2011 ab, da keine Verbesserung der laufenden Rechnung vorgesehen ist und zweitens eine Neuverschuldung ohne ersichtlichen Grund geplant ist.

Rudolf Thomann (SVP): Die SVP-Fraktion stellt fest, dass das Budget wie gewohnt sehr umfassend und aussagekräftig gestaltet wurde. Den Finanzverantwortlichen Kurt Frei und Stefan Christen wird namens der SVP-Fraktion bestens gedankt. Nach der Prüfung durch die GPK geht die SVP-Fraktion davon aus, dass beim Budget 2011 alles seine Richtigkeit hat. Über eine Steuersenkung sollte man heute keine grossen Worte verlieren, da das Budget 2011 beraten wird. An einer GGR-Sitzung wie heute kann man, respektive muss man über dieses Budget abstimmen. Die Abstimmung ist nur eine Formsache und eine Ablehnung wird nicht unbedingt erwartet. Bereits in der Ausgabe des Berner Oberländers vom 25. September 2010 konnte man lesen, dass das Budget 2011 der Gemeinde Spiez mit einem kleinen Ausgabenüberschuss abschliessen wird. Die Mitglieder des GGR haben die Unterlagen zum Budget jedoch erst vor rund 14 Tagen zugestellt erhalten. Es fragt sich, warum die Presse fast sieben Wochen früher davon Kenntnis hatte. Wäre es nicht sinnvoll, wenn diese Informationen erst nach der GGR-Sitzung publik gemacht würden? Zu dieser Frage hätte er gerne noch eine Antwort. Die SVP-Fraktion kann dem fast ausgeglichenen Budget 2011 zustimmen.

Franz Arnold: Die Frage einer Steuersenkung hat der Gemeinderat bereits im letzten Jahr öffentlich kommuniziert und auch dem GGR zur Kenntnis gebracht. Im Zusammenhang mit der Festlegung der strategischen Ziele und den entsprechenden Massnahmen wurde aufgenommen, dass der Gemeinderat eine Steuersenkung prüfen werde. In Anbetracht der laufend besseren Rechnungsabschlüsse ist dies nichts anderes als ein logischer Schritt. Man geht ohne „Scheuklappen“ an die Budgets und Rechnungen heran und sagt, was angezeigt ist und was nicht. Bei einer Prüfung einer Steuersenkung heisst dies noch lange nicht, dass die Steuern auch gesenkt werden. Dies ist kein Widerspruch zu einem sorgfältigen und sparsamen Umgang mit den Gemeindefinzen. Wenn man bei der Presse zu defensiv Auskunft gibt, wird von ständigem Zweckpessimismus und ewigem Gejammer gesprochen. In den letzten Jahren hat man sich das Sparen überall auf die Fahne geschrieben und etwas erreicht. Nun darf man doch in einem Rahmen Investitionen vorsehen, wie dies nötig wäre. Parlamentarische Vorstösse lösen ebenfalls Kosten aus. Die Tagesschule ist ein wichtiger Bestandteil für die Infrastruktur von Spiez. Diese soll im Rahmen des Möglichen umgesetzt werden. Dies hat mit gesellschaftlichen Entwicklungen zu tun, welche uns nicht immer nur lieb sind. Es gibt andere Vorstösse, welche Kosten auslösen. Man müsste konsequenterweise auf alle neuen Aufgaben verzichten, auch wenn man sich dabei unbeliebt machen würde. Es ist eine Führungsaufgabe des Gemeinderates die Finanzplanung mit offenen Augen zu betrachten. Es ist eine ständige Gratwanderung, ob man die Schraube bei den Investitionen etwas lockern kann oder nicht. Die Darstellungsform des Budgets ist lesbar. Von einer Augenwischerei kann aber nicht gesprochen werden. Es gibt selten Unternehmungen, welche ihre Finanzen so offen legen, wie dies hier bei der Gemeinde der Fall ist. Der Personalaufwand ist gestiegen, da alle Bürgerinnen und Bürger schnelle Lösungen wollen, welche perfekt und beschwerderesistent sind. Dies kann nicht mit Personal erreicht werden, welches nichts kostet und schlecht ausgebildet ist. Dies geht nicht auf. Die Verwaltung kostet und die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger werden nicht kleiner. Damit die Gemeinde Spiez gutes Personal anstellen kann, muss diesem auch ein anständiges Gehalt ausgerichtet werden. Der Vergleich zwischen Budget und Rechnung kann durchaus vorgenommen werden. Man muss aber wissen, dass dies ein Vergleich mit einer Rechnung ist, welche zwei Jahre zurückliegt. Darin eingerechnet ist die Teuerung, sowie ein gewisser Stufenanstieg gemäss kantonalen Vorgaben. Die personelle Situation sollte nicht unterschätzt werden. Bei Vergleichen muss beachtet werden, welche Gründe hinter den Mehraufwendungen stecken. Die Presse fragt nicht immer, wenn sie einen Beitrag vorbereitet. Manchmal bringt sie einen Beitrag von sich aus. Eine Vorschau auf eine Budgetdebatte kann auch gewisse Gedanken auslösen. Die Presse soll gewisse Themen bringen, welche aufrütteln. Sie haben die Freiheit über Themen zu berichten, wann es ihnen beliebt.

Allgemeine Diskussion

Ernst Hautle: Am Voranschlag 2011 stört ihn, dass zwar eine Senkung der Totalausgaben ersichtlich ist. Dies ist auf die Abschreibungen zurückzuführen, welche um rund Fr. 4.7 Mio. tiefer sind als bei der Rechnung 2009. Beim Vergleich der einzelnen Produktgruppenbudgets mit der Rechnung 2009 sind überall Kostensteigerungen festzustellen. Bei nächster Gelegenheit wird man einzelne Posten in den Produktgruppen anschauen, damit nicht mehr so grosse Steigerungen auftreten. Es handelt sich um einen Rundumschlag und er bittet, ein Auge auf solche Steigerungen zu richten.

Detailberatung

Seite 85 (Abwasserentsorgung, Wasser- und Kabelnetzversorgung)

Rudolf Thomann: Er weist auf die falschen Jahrzahlen hin.

Die Korrekturen werden durch die Finanzverwaltung vorgenommen.

Beschluss (mit 27 : 5 Stimmen)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 31 g) und h) sowie 39 g) und h) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Die Produktgruppendefinitionen für die NPM-Projekte

- Politische Führung
- Verwaltungsführung
- Wirtschaft und Tourismus
- Sport
- Volksschule
- Kultur
- Individuelle Sozialhilfe
- Institutionelle Sozialhilfe
- Erwachsenen- und Kinderschutz
- Finanzielle Führungsgrundlagen
- Liegenschaften des Finanzvermögens
- Liegenschaften des Verwaltungsvermögens
- Raumplanung
- Abfallentsorgung
- Umweltschutz in der Gemeinde
- Baupolizei
- Gemeindestrassen, Plätze und Grünanlagen, Wasserbau, Werkhof
- Abwasser-, Wasser und Kabelnetzversorgung
- Gemeindepolizeiwesen
- Feuerwehr, Zivilschutz und Gemeindeführungsorganisation (GFO)
- Friedhof- und Bestattungswesen

werden genehmigt.

2. Der Voranschlag für das Jahr 2011 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 57'725.00 wird genehmigt.
3. Die Steueranlage der Einkommens-, Vermögens- und Vermögensgewinnsteuer wird unverändert mit 1.67 Einheiten erhoben.
4. Die Liegenschaftssteuer wird unverändert mit 1,1 ‰ des amtlichen Wertes erhoben.
5. Hundetaxe (wie bisher):

- ordentliche Taxe	Fr. 100.00
- anerkannte Dienst-, Rettungs-, Therapie- und Blindenhunde	taxfrei
6. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Art. 31 g) und h) der Gemeindeordnung.
7. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

146 1.401 Gemeindepräsident Informationen des Gemeindepräsidenten

Dampfschiff „Spiezerli“

Franz Arnold: Das Dampfschiff „Spiezerli“ soll wieder fahrtüchtig gemacht werden. Eine Revaporisierung wäre auf rund Fr. 6.5 Mio. zu stehen gekommen. Man will nun einen Motor einbauen für rund Fr. 2.5 Mio. Spiez ist an einer solchen Sanierung zwar interessiert. Die Frage stellt sich jedoch, wie man sich an dieser Sanierung beteiligt. Die Seeanstössergemeinden im unteren Thunerseebecken (Wirtschaftsraum Thun) sprechen sich jeweils ab, wer sich in welchem Umfang an solchen Projekten beteiligt. Es ist aber klar, dass sich die Gemeinde Spiez bei einem so grossen Sanierungsprojekt nicht substantiell beteiligen kann. Es handelt sich eher um einen symbolischen Beitrag. Es ist wichtig, dass die Gemeinde Kommunikationsplattformen via Spiez Marketing AG anbietet oder sich an Aktionen beteiligt um Geld zu generieren.

Kommunikation / Medienarbeit in der Gemeinde

Der Gemeinderat hat sich anlässlich einer Klausursitzung mit diesem Thema befasst. Der Gemeinderat will auch in Zukunft an diesem Thema dran bleiben. Es handelt sich um eine wichtige Frage. Dabei ist auch wesentlich, dass mit den Medienverantwortlichen ein reger Austausch stattfindet. Damit ist aber nicht sichergestellt, dass in Zukunft keine Fehler mehr passieren. Das Thema wird ernst genommen und der Gemeinderat ist bemüht, eine gute Qualität bei seinen Informationen zu liefern.

Projekt „Let's Swing“

Der Kernpunkt der Umgestaltung der Oberlandstrasse beinhaltet die Aufhebung von Parkplätzen an der Oberlandstrasse. Der Wunsch seitens des Gewerbes besteht darin, dass ein Ersatz dieser Parkplätze geschaffen wird. Dieses Dilemma ist nicht sehr einfach zu lösen. Es ist verständlich, dass eine Aufhebung nicht einfach so hingenommen wird. Andererseits ist die Gemeinde Spiez als Energiestadt verpflichtet, die Parkierungsmöglichkeiten zu bewirtschaften. Es wird schwierig sein, hier eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung zu finden.

Bauverwalter

Auf den 1. Oktober 2010 wurde ein neuer Bauverwalter als Nachfolger von Heinz von Gunten angestellt. Herr Künti hat bereits in den ersten Wochen eingesehen, dass es keine Aufgabe ist, welcher er genügen kann. Das Arbeitsverhältnis musste deshalb in der Probezeit im gegenseitigen Einvernehmen auf den 31. Dezember 2010 aufgelöst werden. Mit einer externen Begleitung wird nun die personelle Situation bei der Bauverwaltung näher betrachtet und die Nachfolgeregelung angegangen. Bei der Gemeinde gibt es Aufgaben, bei welchen das Anforderungsprofil sehr hoch ist. Der Bauverwalter muss nicht nur fachtechnisches Wissen mitbringen, sondern muss auch über ein hohes Mass an Kommunikationsvermögen und Standfestigkeit verfügen. Eine Person zu finden, welche all diese Voraussetzungen mitbringt, ist nicht ganz einfach. Bei der letzten Stellenbesetzung mit Heinz von Gunten gab es vier Bewerbungen, von denen zwei als valabel betrachtet werden konnten. Der Markt ist ausgetrocknet und es wird schwierig, eine geeignete Person zu finden. Im Personalwesen kann festgestellt werden, dass der Markt bei Stellen, bei welchen eine gewisse Verantwortung gefragt ist, ganz allgemein ausgetrocknet ist (Bauwesen, Sozialwesen, Sicherheit etc.).

147 1.304 Einfache Anfragen Geschäftsbeziehungen zu Grossbanken / EA Ph. Zimmermann (GS)

Ausführungen des Gemeinderates

Kurt Frei: Es wurde eine sehr ausführliche schriftliche Antwort verfasst. Wie hoch die Kontenstände bei der CS und der UBS im Verhältnis zu den gesamten Verpflichtungen kann der schriftlichen Antwort entnommen werden. Es wird immer wieder über die Effizienz der Verwaltung gesprochen. Eine Einfache Anfrage, wie sie hier vorliegt, beansprucht für die Abklärungen und die Abfassung sehr viel Zeit. Diese Zeit kann man nicht mehr brauchen um in den Tagesgeschäften vorwärts zu kommen. Der Gemeinderat wäre froh, wenn vor der Einreichung einer Einfachen Anfrage Abklärungen bei der entsprechenden Abteilung vorgenommen würden. Dies würde die eine oder andere Einfache Anfrage erübrigen.

Philippe Zimmermann zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

148 1.304 Einfache Anfragen Ortsplanungsrevision / EA N. Keiser (GS)

Ausführungen des Gemeinderates

Stefan Kocherhans: Die Firma Ecoptima hat eine Offerte mit Aufwendungen von Fr. 24'000.00 eingereicht. Davon sind Drittkosten von Fr. 6'000.00 vorgesehen. Der Aufwand für Herrn Luder wurde mit Fr. 5'000.00 vorgesehen. Die Rechnung der Firma Ecoptima lautet auf Fr. 1'460.60. Er hätte aber Fr. 5'000.00 im Budget gehabt. Nun kann man ausführen, dass er seine Arbeit nicht ganz richtig erledigt hat, aber die Rechnung ist ebenfalls dementsprechend ausgefallen. Andreas Lieglein und Peter Zingg haben die Daten aufgearbeitet. Andreas Lieglein wurde mit Fr. 4'115.00 entschädigt. Dadurch sind Mehrkosten von Fr. 75.60 entstanden. Bisher wurden von den Fr. 6'000.00 Fr. 5'575.60 ausgegeben.

Nadja Keiser zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

149 1.304 Einfache Anfragen Neue Einfache Anfragen

Es sind keine neuen Einfachen Anfragen eingereicht worden.

150 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Finanzierung Seebuslinie / Motion FDP Fraktion (U. Gurtner)

Ausführungen des Gemeinderates

Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Ausführungen.

Stellungnahme des Motionärs

Urs Gurtner: Er dankt dem Gemeinderat und allen Beteiligten für die Abklärungen und die ausführliche Antwort. Die Parteien haben bei den Verhandlungen einen Schritt gemacht und ihr Interesse am Erhalt der Seebuslinie bekräftigt. Der erzielte Kompromiss bringt der Gemeinde Spiez Einsparungen von Fr. 10'000.00 pro Jahr und somit Fr. 30'000.00 in den nächsten drei Jahren. Eine kostengünstigere und effizientere Erschliessung der Bucht wird ab 2013 in Aussicht gestellt.

Die Motion kann als teilweise erfüllt betrachtet werden und er zieht sie zurück, da diese sonst den Bemühungen und Abklärungen des Gemeinderates zuwider laufen würde.

151 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Überprüfung Gebührenverordnung GZL / Motion SVP Fraktion (U. Maibach)

Ausführungen des Gemeinderates

Kurt Frei: Die Motion nimmt ein Anliegen auf, welches bereits vor zwei Jahren durch die SP-Fraktion eingereicht wurde. Grundsätzlich hat die Gemeinde ein Interesse daran, die gute Substanz des Lötschbergzentrums zu erhalten und den Vereinen zur Verfügung zu stellen. In den letzten beiden Jahren wurden Investitionen von rund Fr. 300'000.00 in den Unterhalt investiert. Ausserdem wurde die Bühnentechnik saniert, der Vorhang, die Stühle und die Tische ersetzt. Ein Veranstalter muss sich vor der Veranstaltung überlegen, welche Zusatzleistungen (Küche, Bühne, Mikrofone etc.) er benötigt. Er muss sich auch Gedanken machen, ob er überhaupt den Lötschbergsaal benötigt oder nicht. Der Saal ist nicht zu teuer. Er muss sich aber auch überlegen, ob es sich noch um die richtige Veranstaltung handelt. Vielleicht muss sich der Veranstalter überlegen, den Anlass nicht mehr durchzuführen und stattdessen den Mitgliederbeitrag zu erhöhen. Das Verhalten der Leute hat sich geändert (Beispiel Grümpelturnier). Man muss sich deshalb überlegen, ob die Veranstaltung in der heutigen Zeit noch richtig ist und es sich lohnt, ein allfälliges Defizit in Kauf zu nehmen.

Stellungnahme des Motionärs

Urs Maibach: Er dankt Kurt Frei für seine Ausführungen. Seine Gründe für die Einreichung der Motion wurden damit bestätigt. Er weiss, dass dieses Geschäft bereits vor zwei Jahren diskutiert wurde. Die Motion von Walter Holderegger wurde damals abgelehnt. Die Situation hat sich in den vergangenen zwei Jahren dahingehend verändert, dass er vermehrt von Vereinsvertretern angesprochen wurde. Diese müssen sich überlegen, ob sie noch die richtige Veranstaltung durchführen. Es geht primär um kulturelle Veranstaltungen. Wenn der Jodlerklub den Jahresbeitrag um Fr. 10.00 erhöht, hat er nicht Fr. 1'000.00 mehr in der Kasse, da der Verein sehr klein ist. Der Jodlerklub hat als einzige Möglichkeit noch die Durchführung eines Lottomatches. Wir wissen aber alle, dass es sich dabei um aussterbende Anlässe handelt. Den Vereinen soll die Möglichkeit gegeben werden, einen kulturellen Beitrag für die Gemeinde Spiez zu leisten. Es soll vermieden werden, dass sie noch Geld aus der Vereinskasse nehmen müssen. Auch der Männerchor führte früher ein Konzert mit Theater auf. Es liegt aber nicht mehr drin, den Saal noch für eine zusätzliche Hauptprobe zu mieten. Die beiden angesprochenen Vereine haben gewisse Nachwuchssorgen. Diesen Vereinen soll die Möglichkeit gegeben werden, Werbung in eigener Sache zu machen. Dies kann mit einem Konzert oder einem Theater erreicht werden, aber nicht mit einem Lottomatch. Der Turnverein führt auch keine Turnvorstellung mehr durch. Es kann auch nicht mehr in andere Säle oder der Kirche ausgewichen werden. Mit einer Aufführung einer Komödie durch den Männerchor ist das Umfeld der Kirche wohl nicht der richtige Platz. Deshalb sollte hier etwas für das kulturelle Leben in Spiez gemacht werden und den Vereinen sollte etwas entgegengekommen werden. Die Motion ist deshalb zu überweisen.

Fraktionssprecher

Walter Holderegger (SP): Anfänglich hat man über die Motion gestaunt, da im 2008 eine gleiche Motion der SP versenkt worden ist. Er hat trotzdem Freude am Vorstoss, da das Anliegen nach wie vor aktuell ist. Im Zeitalter von Steuergeschenken und Steuersenkungsdiskussionen soll die Kultur in Spiez einen gewissen Stellenwert haben. Beim Vereinsleben handelt es sich um einen schönen Teil der Dorfkultur. Die SP-Fraktion hat sich nochmals mit dieser Frage befasst und ist der Ansicht, dass unsere „Wir-Kultur“ und die Freiwilligenarbeit gefördert werden müssen. Es muss ein Anreiz gegeben werden. Die SP-Fraktion kann der Überweisung der Motion zustimmen.

Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (mit grossem Mehr)

Die Motion der SVP-Fraktion (U. Maibach) betreffend Überprüfung Gebührenverordnung GZL wird überwiesen.

152 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Nachhaltiger Wärmeverbund Spiez / Motion GS-Fraktion (N. Keiser)

Ausführungen des Gemeinderates

Stefan Kocherhans: Der Gemeinderat beantragt, die Motion zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben. Die Kernaussagen der beiden Fachpersonen Michael Rothen und Christian Zeyer liegen vor. Bei der BKW laufen zur Zeit Aktivitäten zur Gründung einer Projektgesellschaft (BKW und Gemeinde je 50 %-Beteiligung). Diese Projektgesellschaft soll noch im Dezember gegründet werden. Weitere Informationen gibt es zur Transportleitung. Die Planungs- und Koordinationsarbeiten wurden aufgenommen mit der Oberland Energie AG für den Anschluss des Wärmeverbundes an die Alt- und Restholzheizung der Oberland Energie AG im Schluckhals. Die Planungsarbeiten für die Zentrale im Krankenhaus (Mikrogasturbine) sowie die Holzsznittelheizung beim BLS-Depot wurden aufgenommen. Im Weiteren wird das Verteilnetz für die drei Wärmeverbundzonen Beo-Center/Räumli, Zentrum/Krankenhaus und BLS/Bürg geplant. Im November 2010 hat die BKW rund 30 potenziellen Endkunden Offerten unterbreitet. Auch dem Krankenhaus wurde eine entsprechende Offerte für den Anschluss an den Wärmeverbund und die Lieferung von Energie unterbreitet. Der Wärmeverbund ist am Laufen. Deshalb soll die Motion überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben werden. Die Gemeinde Spiez hat von der Labelkommission Energiestadt erneut das Label Energiestadt erhalten. Von insgesamt möglichen 424 Punkten erreicht die Gemeinde Spiez deren 266.1 Punkte. Dies sind 62.6 %. Das Reaudit konnte somit erreicht werden. Die Verbesserung beträgt rund 8 %. Wenn der Wärmeverbund zum Laufen kommt, werden wir nicht mehr weit vom Goldlabel entfernt sein. In diesem Sinne ist die Gemeinde auf dem richtigen Weg.

Stellungnahme der Motionärin

Nadja Keiser: Sie dankt dem Gemeinderat für die Informationen und Abklärungen. Insbesondere die Veranstaltung vom 30. August 2010 für die GGR-Mitglieder war sehr hilfreich. Hier erhielten die GGR-Mitglieder aktuelle Daten zum Wärmeverbund. Die Beurteilung des Wärmeverbundes durch externe Fachpersonen ist erfolgt. Man könnte auch noch die Meinung des Bundes dazu einholen. Die Resultate der Projektprüfung wurden dem GGR am 30. August 2010 vorgestellt. Zur Begleitung dieses Geschäftes durch die zuständige Fachkommission ist in der Antwort des Gemeinderates keine entsprechende Kommission aufgeführt. Es ist zu hoffen, dass die entsprechende Kommission wieder so eingebunden wird, wie dies normalerweise der Fall ist. Gewisse Sachen sind nicht so rund gelaufen. Dies kann jedoch nicht mehr geändert werden und es ist zu hoffen, dass das Projekt nun in eine gute Richtung läuft. Der grösste Teil der Anlage ist im Bau und es kann sehr viel Oel eingespart werden. Es stellt sich jedoch die Frage, ob es Sinn macht, eine so lange Leitung vom Schluckhals her in Richtung Beo-Center zu bauen. Darüber hat jedoch nicht der GGR zu entscheiden. Die Experten befürworten den Bau einer Gasleitung ins Krankenhaus. Von einer Feinverteilung des Gases wird jedoch gewarnt. Dies kommt später beim Energierichtplan wieder in den GGR. Die weitere Planung des Wärmeverbundes wird sicherlich weiterhin genau beobachtet und es wird erwartet, dass der GGR aktuell und genau informiert wird. Ein allfälliges Holzheizwerk beim Stausee könnte zu einem späteren Zeitpunkt immer noch realisiert werden. Die drei Kreise des Wärmeverbundes wurden angesprochen. Grundsätzlich gilt es, so viel Oel wie möglich zu ersetzen, damit die Luft lokal verbessert werden kann. Die Schweiz kann bei der CO₂-Reduktion weltweit nur marginal beitragen. Der Energiebedarf der Schweiz beträgt nur 0.27 % des Weltbe-

darfes. Für das Weltklima nützt dies nicht allzu viel. Wir können die lokale Luft verbessern (Spiezer Luftqualität). Noch grösseres Potenzial haben wir bei den Motorfahrzeugen. Die Beteiligung der Gemeinde bei der Projektgesellschaft ist klar. Später wird es jedoch wie vom BEAKOM gefordert ein reines Contracting durch die BKW geben. Politisch kann momentan nichts erreicht werden, deshalb kann die Motion überwiesen und als erfüllt abgeschrieben werden. Die Kommission soll jedoch wieder so eingesetzt werden, wie dies vorgesehen ist. Der Gemeinderat hat bei seiner Meinungsbildung den Fachexperten geglaubt und ist diesen gefolgt. Wir sind alle nicht genug Experten um dies zu beurteilen. Deshalb muss auch den Fachexperten des Kantons geglaubt werden. Der Kanton wird wahrscheinlich auch Beiträge an den Wärmeverbund leisten und ist auch Bewilligungsbehörde. Die eigentlichen Forderungen des Motionstext sind seitens der Gemeinde erfüllt. Die anderen Punkte betreffend Anteil an Holzenergie oder Energiemenge pro Trassemeter sind nicht in der Kompetenz der Gemeinde. Als Motionärin kann sie dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

Fraktionssprecher /Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (mit grossem Mehr)

Die Motion der GS-Fraktion (N. Keiser) betreffend nachhaltiger Wärmeverbund Spiez wird überwiesen und gleichzeitig als erfüllt abgeschrieben.

153 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen **Fixe Module Tagesschule / Motion FDP-Fraktion (M. Lanz)**

Ausführungen des Gemeinderates

Jolanda Brunner: Es handelt sich um ein komplexes Geschäft. Das Betreiben einer Tagesschule ist nicht ganz einfach. In Spiez mit den verschiedenen Schulhäusern kann die Tagesschule nicht an einem zentralen Ort geführt werden. Man ist darauf angewiesen, die Tagesschulangebote an verschiedenen Standorten anbieten zu können. Sonst müssten die Schulkinder, welche dieses Angebot nutzen wollen, an einen zentralen Ort geführt werden. Dies würde immense Transportkosten verursachen. Die Motion nimmt ein Thema auf, welches bisher zu Schwierigkeiten geführt hat. Eltern wollen ihre Kinder in die Tagesschule schicken und wollen die Sicherheit haben, dass dieses Tagesschulmodul aber auch stattfindet. Dies hat zu einem enormen administrativen Aufwand geführt. Aufgrund dieser Motion hat man nun ausgearbeitet, dass am Dienstag und Donnerstag in den aufgeführten Schulhäusern die Tagesschulmodule angeboten werden. Gleichzeitig wird der Stundenplan früher herausgegeben. Damit braucht es keine zusätzliche Bedarfsabklärung mehr. Damit kann eine gewisse Sicherheit für die Eltern geboten werden. Es ist nicht so, dass die Kosten so eintreffen werden. Ein Angebot muss durchgeführt werden, wenn dies 10 Schulkinder der Gemeinde Spiez wünschen. Bei 12 Kindern gibt dies andere Kosten als bei 20 Kindern. Ausserdem müssen auch zusätzliche Betreuungspersonen angestellt werden. Aufgrund dieser Motion hat der Gemeinderat beschlossen, eine Planungssicherheit zu schaffen. Am Dienstag und Donnerstag werden in den entsprechenden Schulhäusern Tagesschulangebote definitiv eingeführt. Die Schule ist sehr bemüht, dass möglichst ein Modul nicht angeboten werden muss, indem alle Kinder zur gleichen Zeit Schule haben. Der Gemeinderat beantragt, die Motion überweisen und gleichzeitig als erfüllt abschreiben zu lassen.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (mit grossem Mehr)

Die Motion der FDP-Fraktion (M. Lanz) betreffend fixe Module Tagesschule wird überwiesen und gleichzeitig als erfüllt abgeschrieben.

154 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen**Bauliche Massnahmen Infrastrukturanlagen Bucht / Postulat W. Holderegger (SP)****Ausführungen des Gemeinderates**

Kurt Frei: Mit der Erstellung des Masterplans Bucht sind die im Postulat aufgeworfenen Fragen eingeflossen und aufgenommen worden. Der Masterplan wurde anlässlich der letzten Sitzung der Umwelt- und Planungskommission behandelt und kommt demnächst zur Behandlung in den Gemeinderat. Im Investitionsplan 2011 - 2014 sind im Jahr 2011 Fr. 250'000.00 vorgesehen für die Sanierung der Minigolfanlage. Dies wurde nun gestrichen und man wartet bis der Masterplan in Kraft tritt. Das Postulat kann deshalb als erfüllt abgeschrieben werden.

Fraktionssprecher

Ursula Zybach (SP): Es wird festgehalten, dass das Timing für die Vorlage dieses Postulates alles andere als geschickt ist. Es wäre wichtig gewesen, dass der Inhalt des Masterplanes bekannt wäre. Es ist störend, dass das eigentliche Thema dieses Postulates noch nicht bekannt ist und man dieses dennoch abschreiben will. Es hätte niemanden gestört, wenn dieses Postulat erst im nächsten Jahr vorgelegt worden wäre. Es ist aber erfreulich, dass das Anliegen der Minigolfanlage gesamtheitlich betrachtet wird und die Investition verschoben wurde. Obwohl die SP-Fraktion hinsichtlich des zeitlichen Ablaufs kritisch ist, soll nun keine Polemik gemacht werden. Sie ist bereit, das Postulat als erfüllt abschreiben zu lassen. In Zukunft soll bei parlamentarischen Vorstössen besser darauf geachtet werden, dass die Geschäfte abgeschlossen sind und erst dann vorgelegt werden.

Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (mit grossem Mehr)

Das Postulat W. Holderegger (SP) betreffend bauliche Massnahmen Bucht wird als erfüllt abgeschrieben.

155 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen**Einführung Minergie-Standard / Postulat U. Nyffenegger (SP)****Ausführungen des Gemeinderates**

Kurt Frei: Bei gemeindeeigenen Bauten ist es zum Teil schwierig, den Minergiestandard umzusetzen. Dies konnte beim Geschäft Sanierung Altbau Schulanlage Längenstein festgestellt werden. Der Unterschied der drei vorgelegten Varianten war sehr gross. Der realistischen und finanziell tragbaren Variante 2 wurde schlussendlich zugestimmt. Auf die Maximalvariante musste aus finanziellen Gründen verzichtet werden. Das Postulat kann abgeschrieben werden.

Fraktionssprecher

Bernhard Hauck (SP): Das sicher unbestrittene und auch vom Gemeinderat zur Abschreibung empfohlene, weil als erfüllt betrachtete Postulat, zeigt einmal mehr, wie weitsichtig und nachhaltig links-grüne Vorstösse in der Gemeinde Spiez sind. Auch, und gerade weil sich die internationale Politik mit verbindlichen Zielen zum Umweltschutz schwer tut, ist es umso wichtiger, dass die kleinsten Zellen, nämlich die Gemeinden mit ihren öffentlichen Gebäuden beispielhaft voran gehen. Es ist sehr zu hoffen, dass dieser Minergie-Standard auch wirklich konsequent angewandt wird. Ein Tipp eines abtretenden GGR-Mitglieds bezüglich Energiepolitik: Der Energieausweis für öffentliche Bauten in Gemeinden mit Namen „display“ wäre ein wirksames und kostengünstiges Kommunikationsmittel um gelebten Klimaschutz auszuweisen. Als Mitglied des Trägervereins Energiestadt würde dies gerademal Fr. 650.00 kosten. Möglicherweise ist die Gemeinde Spiez jedoch schon daran, diese Klassifizierungen zu erwerben. Die SP-Fraktion empfiehlt, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Philipp Zimmermann (GS): Auch die GS-Fraktion ist froh, dass in der Gemeinde generell nach Minergie gebaut wird und Fortschritte in Bezug auf entsprechende Labels macht. Er musste doch etwas schmunzeln, als er das Cover des Budgets mit der Ausnahme des Minergiestandards gesehen hat. Der Gemeinderat und das Parlament stehen weiterhin in der Verantwortung konsequent zu handeln, auch wenn es einmal etwas mehr kostet. In Energiefragen muss alles, was heute nicht eingespart, später in Geld oder anderweitig bezahlt werden. Die GS-Fraktion kann einer Abschreibung des Postulates zustimmen.

Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (mit grossem Mehr)

Das Postulat U. Nyffenegger (SP) betr. Einführung Minergie-Standard wird als erfüllt abgeschrieben.

156 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen

Finanzierung der Finanzvermögenliegenschaften / Motion SVP-Fraktion (H. Leuthold)

Ausführungen des Gemeinderates

Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Ausführungen.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (mit grossem Mehr)

Die Motion der SVP-Fraktion (H. Leuthold) betreffend Finanzierung der Finanzvermögenliegenschaften wird als erfüllt abgeschrieben.

157 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Ausgeschafft / Postulat Ph. Zimmermann (GS)

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Regeln über den Aushang von Plakaten in der Gemeinde Spiez derart anzupassen, dass an den öffentlichen Aushangstellen das Aufhängen von Plakaten untersagt wird, die rassistischen, diskriminierenden oder verleumderischen Inhalt aufweisen, insbesondere wenn sie geeignet sind, bestimmte Personengruppen pauschal zu diffamieren.

Begründung:

In den letzten Jahren wurden vonseiten der grössten Rechtspartei der Schweiz wiederholt millionenschwere, diffamierende Kampagnen gegen gesellschaftliche Minderheiten geführt. Menschenrechts- und kirchliche Organisationen sowie die zuständige Kommission der Vereinten Nationen haben mehrfach die entwürdigende und pauschalisierende Darstellung von Menschengruppen – etwa als schwarze Schafe oder auf die Schweiz einhackende Raben – kritisiert. Die Gemeinde Spiez könnte durch die entsprechende Anpassung ihrer Regeln für den öffentlichen Aushang von Plakaten, ein in der heutigen Zeit notwendiges Zeichen gegen rassistische und diffamierende Kampagnen setzen.

Der Postulant: Ph. Zimmermann

Ausführungen des Postulanten

Philipp Zimmermann: Heute, am Tag danach, möchte er seine Solidarität kund tun. Natürlich nicht mit Mördern oder Vergewaltigern, aber für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne Schweizer Pass, welche jeden Tag ihren Beitrag leisten, dass es in diesem Land weitergeht und funktioniert. Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, welche sich in den letzten Jahren vermehrt mit diffamierenden und pauschalisierenden Kampagnen auseinandersetzen mussten und wo politische Propaganda auf ihrem Rücken gemacht wurde. Mit dieser Propaganda wird fremdenfeindliche Stimmung in unserem Land verbreitet. Gestern ist etwas passiert, das nicht kommentarlos hingenommen werden darf. Klar, Volksentscheide sind zu akzeptieren in unserem Land. Es beunruhigt ihn aber, wie die Kampagnen in den letzten Wochen vor der Abstimmung geführt wurden. Es ist Zeit ein Zeichen gegen solche Kampagnen zu setzen. Er hat ein Postulat und keine Motion eingereicht. Es ist am Gemeinderat, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Er und die GS-Fraktion können nur versichern, dass sie weiterkämpfen, dass in diesem Land alle die gleichen Rechte haben und eine solche Politik, welche wir in den letzten Wochen erlebten, keine Zukunft hat.

158 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen (T)raum gesucht / Motion SP-Fraktion (E. Baumann)

Hiermit stellt die SP Fraktion den Antrag auf sofortige Behandlung der Motion.

Der Gemeinderat wird beauftragt, den Jugendlichen von Spiez in einem Pilotprojekt während des Winters 2010/2011 den Pavillon II beim Schulhaus Hofachern kostenlos als Treffpunkt zur Verfügung zu stellen. Die genauen Benutzungsbedingungen müssen mit den Jugendlichen und der KJAS ausgehandelt werden. Sollte die Pilotphase zu aller Zufriedenheit ablaufen, soll der Gemeinderat über eine Weiterführung des Projekts befinden.

Begründung:

Zitat von Jugendlichen aus Spiez: „(T)raum gesucht. Da wir Jugendlichen gerne gemeinsam Zeit verbringen, sind wir nun auf der Suche nach einem Raum, in dem wir gemütlich zusammensitzen, kochen, DVDs schauen und auch über die Zukunft philosophieren können.“

Dieses Zitat entstand an einem der vier Treffen, die die Jugendlichen seit September 2010 im TIUB mit zwei KJAS-Mitarbeiterinnen und einem KJAS-Mitarbeiter hatten. An diesen Treffen disku-

tierten die jungen Frauen und Männer über ihre Wünsche. Der Wunsch nach einem Raum, in dem sie sich auch tagsüber treffen können, stand von Anfang an, an erster Stelle. Sie machten sich auf die Suche, führten Telefonate und Gespräche, informierten sich und fanden den Pavillon II beim Hofachern Schulhaus.

Dieser Pavillon steht leer und gehört der Gemeinde.

Der Gemeinde würden durch die kostenlose Benutzung des Pavillons II keine Mehrkosten entstehen. Ob der Pavillon leer steht oder durch Jugendliche belebt wird, macht einen grossen Unterschied – aber nicht in der Gemeindekasse.

Junge Menschen zeigen Initiative und sind gewillt, aktiv an diesem Projekt mitzuarbeiten. Die KJAS muss natürlich miteinbezogen werden und dieses begleiten.

Lassen wir den (T)raum dieser jungen Menschen wahr werden, nehmen wir sie ernst und geben wir ihnen unser Vertrauen. Nur so haben sie die Gelegenheit uns zu beweisen, dass sie vertrauenswürdig sind.

Die Motionärin: E. Baumann und 14 Mitunterzeichnende

Ausführungen der Motionärin

Eliane Baumann: Am 10. September 2010 fand die erste Bunkerparty für die Schülerinnen und Schüler in Spiez statt. Eine Party, welche die Schülerinnen und Schüler jeweils selber organisieren mit der Hilfe der Kinder- und Jugendarbeit (KJAS). Es wird getanzt, alkoholfreie Getränke getrunken und es herrscht eine gute Stimmung. Vor dem Bunker sah es jedoch anders aus. Es standen sehr viele Jugendliche vor dem Bunker, welche nicht mehr in die Schule gehen und keinen Eintritt in den Bunker haben. Die jungen Leute sind dort, reden, trinken und spazieren herum. An diesem Abend haben die KJAS-Mitarbeitenden und sie selber diesen Jugendlichen einen Flyer gegeben und sie aufgefordert, dass sie ihre Anliegen deponieren sollen, wenn sie etwas wollen. Am 22. September 2010 kamen junge Leute ins TIUB der KJAS. Sie haben ihre Wünsche deponiert. Sie möchten einen (T)raum. Einen Raum, in welchem sie zusammen sein können, ohne Party zu machen. Die Gruppe hat sich mehrmals getroffen. Die Gruppe ist gewachsen und hat sich aktiv auf die Suche nach einem geeigneten Raum gemacht. Man hat den Pavillon II, Hofachern, gefunden. Sie haben zögerliche Abklärungen getätigt und Kontakt mit der Gemeinde aufgenommen. Die Jugendlichen würden gerne diesen Raum im Winter benutzen. Die Jugendlichen haben Ideen, zeigen Engagement und wollen etwas erreichen. Für Jugendliche ist ein Monat fast so lang wie für uns ein Jahr (eine Woche wie ein Monat). Man hat sich mehrmals getroffen und nun soll die Gemeinde zeigen, dass man die Jugendlichen gehört hat. Es geht nicht darum, den Jugendlichen nur diesen Raum zu geben und dann ist alles in Ordnung. Nein, das heisst, dass die Arbeit damit erst anfängt. Sie müssen zusammen mit der KJAS eine Benutzerordnung erstellen. Sie müssen Einrichtungsgegenstände suchen und sich Gedanken über den Ablauf machen (Putzplan etc.). Vielleicht können sie beim Jugendrat finanzielle Hilfe erwarten. Die SP-Fraktion ist sich bewusst, dass dieses Anliegen etwas plötzlich kommt, ist aber überzeugt, dass die Gemeinde auf die Jugendlichen zugehen muss. Nun kann man ausführen, dass den Jugendlichen der Bunker zur Verfügung steht. Bereits 1989 konnte man im Berner Oberländer lesen, dass der Bunker hübsch und hässlich, muffig dunkel, verrottet und kalt ist. Natürlich wurde der Raum in der Zwischenzeit gestaltet. Aber es ist ein Luftschuttkeller. Durch den Tag oder am frühen Abend müssen unsere Jugendlichen doch nicht in einen Luftschuttkeller gehen. Für eine Party ist der Bunker in Ordnung, aber nicht um sich zu treffen. Weiter konnte 1989 dem Pressebericht entnommen werden, dass der Bunker seit der Inbetriebnahme 1977 als Zwischenlösung gesehen wird. Es fehlt jedoch an Finanzen und der Unterstützung der Gemeinde, um die Situation zu verändern. Die Gemeinde Spiez distanziert sich oder besser gesagt, mischt sich nicht ein. Distanz ist einfacher als Nähe. Eine Umfrage bei den Jugendlichen zeigt, Spiez ist tote Hose. Die über 50-Jährigen wollen ihre Ruhe und wenn ein Fest gemacht wird, ist sofort die Gemeinde dahinter und reklamiert. Die Jungen werden von den älteren Herrschaften aus den öffentlichen Gebäuden, wie Restaurants vertrieben. Sie werden fast gezwungen auf die Strasse zu gehen. Dies war 1989. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass die Strasse, Restaurants, McDonalds, Bars in Spiez oder Thun nicht der geeignete Rahmen

für unsere Jugendlichen sind. Mit der Annahme dieser Motion werden die Jugendlichen in die Pflicht genommen. Erst jetzt fängt die Arbeit an. Es handelt sich um Staatskundeunterricht am eigenen Leib. Vielleicht gehen einzelne in den Jugendrat. Setzen wir kurz vor Weihnachten ein Zeichen. Sie bittet, der sofortigen Behandlung der Motion zuzustimmen und die Motion anschliessend zu überweisen.

Pause von 18.00 - 18.05 Uhr

Diskussion über eine sofortige Behandlung der Motion

Stellungnahme des Gemeinderates

Ursula Erni: Das Anliegen der Motionärin sowie das Bedürfnis der Jugendlichen ist bekannt. Der Gemeinderat ist bereit, das Begehren umgehend entgegen zu nehmen. Der nötige Handlungsbedarf ist erkannt. Man ist gewillt, den Jugendlichen zu ermöglichen, dass sie ihren (T)raum verwirklichen können. Der Gemeinderat kann aber nicht auf eine Motion eintreten, da es noch zu viele offene Fragen gibt, welche unbedingt noch geklärt werden müssen. Gemäss Auskunft bei der Liegenschaftsverwaltung sind auch noch Gespräche mit einem anderen Interessenten für diese Räumlichkeit am Laufen. Ebenso muss geklärt werden, in wie weit der Pavillon II den Jugendlichen in der Umsetzung wirklich dient. Die KJAS übernimmt die Federführung und die interessierten Jugendlichen werden in der Pilotphase begleitet und betreut. Der Gemeinderat schlägt dem GGR vor, auf eine sofortige Behandlung einzutreten und die Motion als Postulat zu überweisen.

Fraktionsspreche / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss

Der sofortigen Behandlung der Motion der SP-Fraktion (E. Baumann) betreffend (T)raum gesucht wird mit **grossem Mehr zugestimmt**.

Sofortige Behandlung

Stellungnahme der Motionärin

Eliane Baumann: Sie weiss, dass es noch einen anderen Interessenten für den Pavillon II gibt. Mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat ist ein Zeichen gesetzt um den Jugendlichen bei der Verwirklichung ihres (T)raumes zu helfen. Sie und die SP-Fraktion sind bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss

Das Postulat der SP-Fraktion (E. Baumann) betreffend (T)raum gesucht wird **einstimmig überwiesen**.

159 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen
Erhöhung Anteil günstige Mietwohnungen in Spiez / Motion SP- und GS- Fraktionen
(W. Holderegger)

Der Gemeinderat wird beauftragt, im Rahmen der aktuellen Ortsplanungsrevision die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, damit der aktuell äusserst tiefe Anteil an günstigen und familienfreundlichen Mietwohnungen im gemeinnützigen Wohnungsbau in den nächsten 15 Jahren von aktuell 1 % auf mindestens 3 % erhöht werden kann.

Begründung:

In Spiez besteht seit Jahren ein Mangel an günstigen Mietwohnungen für Familien mit mehreren Kindern sowie Seniorinnen und Senioren in Kleinhaushalten. Eine aktuelle, von der Gemeinde in Auftrag gegebene Studie zeigt dies nachvollziehbar auf.

Als Indikator dient u.a. der Anteil Wohnungen aus dem gemeinnützigen Wohnungsbau an der Summe aller Wohnungen in der Gemeinde. Der schweizerische Durchschnitt liegt bei 9 %. Auch wenn ausserhalb der grossen Städte dieser Wert tiefer liegt, ist Spiez mit einem aktuellen Anteil von knapp 1 % offensichtlich unterversorgt.

Wenn Spiez ernsthaft eine gute Durchmischung (Familien, Alleinstehende, Alleinerziehende, Seniorinnen, Senioren und Behinderte) der Bevölkerungsstruktur anstrebt und etwas gegen die steigende Überalterung unternehmen will, müssen auch Familien mit mehreren Kindern bei mittleren und kleinen Einkommen eine zeitgemässe Mietwohnung finden können. Erschwinglicher Wohnraum fördert, allenfalls auch mit neuen Wohnformen, eine gute Durchmischung der Generationen. So kann ebenfalls schwindenden Schülerzahlen und zunehmenden Engpässen bei der Freiwilligenarbeit in Vereinen, Behörden, Feuerwehr etc., entgegen gewirkt werden. Ein Mitwirken der sozialen Dienste wäre dabei sicher sinnvoll.

Gleichzeitig weist die Studie einen Mangel an kleineren Wohnungen aus. In der grossen Zahl an Ein- und Zweipersonenhaushalten sind viele Seniorinnen und Senioren enthalten, die mangels annehmbarer Alternativen in für sie zu grossen Häusern und Wohnungen bleiben. Es kann davon ausgegangen werden, dass kleinere aber attraktive, auf Senioren ausgerichtete Mietwohnungen einige dieser Seniorinnen und Senioren zu einem Umzug bewegen und somit tendenziell grosse Wohnungen, bzw. Häuser für Familien frei würden.

Der Motionär: W. Holderegger und 10 Mitunterzeichnende.

160 1.300 Grosser Gemeinderat

Wahlen

a) Ratsbüro GGR für das Jahr 2011

b) Geschäftsprüfungskommission

- Präsidium und Vizepräsidium für das Amtsjahr 2011

c) Mitglied der Sachkommission Sicherheit

- Ersatzwahl FDP

d) Mitglied Sachkommission Bildung

- Ersatzwahl SP

a) Wahl des Ratsbüros GGR für das Jahr 2011

1. Wahl des Präsidenten GGR

Vorschlag FDP

Urs Gurtner

(einstimmig)

2. Wahl der 1. Vizepräsidentin

Vorschlag der EVP	Anna Fink	(einstimmig)
-------------------	------------------	--------------

3. Wahl der 2. Vizepräsidentin

Vorschlag FS	Pia Hutzli	(einstimmig)
--------------	-------------------	--------------

4. Wahl von 2 Stimmenzähler

Vorschlag des SVP	Rudolf Thomann	(einstimmig)
-------------------	-----------------------	--------------

Vorschlag der SP	Niklaus Büchi	(einstimmig)
------------------	----------------------	--------------

b) Wahlen Geschäftsprüfungskommission

Präsidium und Vizepräsidium GPK für das Amtsjahr vom 1. Februar 2011 bis 31. Januar 2012

1. Wahl des Präsidenten GPK

Vorschlag EVP	Andreas Bürki	(einstimmig)
---------------	----------------------	--------------

2. Wahl des Vizepräsidenten GPK

Vorschlag SVP	Jürg Staudenmann	(einstimmig)
---------------	-------------------------	--------------

c) Sachkommissionen / Ersatzwahlen FDP und SP**Sachkommission Sicherheit / Ersatzwahl FDP****Ersatzwahl**

Vorschlag der FDP	Rolf Schmutz	(einstimmig)
-------------------	---------------------	--------------

Amtsantritt

Der Amtsantritt erfolgt per sofort; die Amtsdauer endigt am 31. Januar 2013.

Sachkommission Bildung/Kultur / Ersatzwahl SP**Ersatzwahl**

Vorschlag der SP	Didier Bieri	(einstimmig)
------------------	---------------------	--------------

Amtsantritt

Der Amtsantritt erfolgt per 1. Januar 2011; die Amtsdauer endigt am 31. Januar 2013.

161 8.61 Gemeindebeiträge Beiträge aus dem freien Ratskredit GGR

Sprecherin des Ratsbüros GGR

Anna Fink: Es war nicht so einfach unter allen eingereichten Projekten eine Auswahl zu treffen. Die Gemeindeschreiberei hat eine Vorselektion vorgenommen und es wurden nur Hilfswerke in die engere Auswahl genommen, welche in den letzten 10 Jahren keinen Beitrag erhalten haben. So konnte sie zusammen mit Paul Müller aus rund 20 Projekten eine Auswahl treffen. Folgende drei Projekte sollen mit je Fr. 5'000.00 unterstützt werden:

Winterhilfe Kanton Bern

Es soll ein Zeichen gesetzt werden, dass Armut auch in der Schweiz ein Thema ist. Diese aber oft gar nicht sichtbar ist. Die Winterhilfe kann sehr schnell und unbürokratisch helfen.

CBM Christoffel Blindenmission

Konkret soll hier das Projekt „Grauer Star“ unterstützt werden. Dahinter steht der Gedanke, dass niemand aus Armut erblinden sollte. Mit einer 15-minütigen Operation kann das Augenlicht zurückgegeben werden. Eine solche Operation kostet durchschnittlich Fr. 50.00. Mit Fr. 5'000.00 kann hier sehr konkret geholfen werden.

World Vision

Urs Winkler, früherer Gemeindepräsident von Spiez, ist Geschäftsführer von World Vision. Es ist eine gute Sache, wenn Leute aus der Region in ihrem Engagement unterstützt werden können. Ganz konkret soll ein Projekt für die Starthilfe von landwirtschaftlichen Kleinbetrieben in Armenien unterstützt werden. Mittels rückzahlbaren Mikrokrediten soll die landwirtschaftliche Bevölkerung unterstützt werden, damit diese Nahrung kaufen können, Schulbildung erhalten und ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.

Diese drei Projekte schlägt das Ratsbüro vor. Es wurde versucht einen Mix zwischen Schweiz/Ausland zu finden und Projekte, welche verschiedene Bereiche abdecken. Die Hoffnung ist, dass sich alle hinter diesen Projekten vertreten sehen.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Ratsbüros GGR
- gestützt auf Art. 40.1 c) der Gemeindeordnung

beschliesst:

1. Dem Hilfswerk Winterhilfe Kanton Bern wird für das Projekt Hilfe in Notsituationen aus dem freien Ratskredit (Kto. 011.318.03) ein Betrag von Fr. 5'000.00 bewilligt.
2. Dem Hilfswerk CBM Christoffel Blindenmission wird für die Bekämpfung des Grauen Stars aus dem freien Ratskredit (Kto. 011.318.03) ein Betrag von Fr. 5'000.00 bewilligt.

3. Dem Hilfswerk World Vision wird für das Projekt Gewerbeförderung in Armenien aus dem freien Ratskredit (Kto. 011.318.03) ein Betrag von Fr. 5'000.00 bewilligt.

Verabschiedungen

Folgende GGR-Mitglieder werden per Ende 2010 aus dem GGR austreten:

- Eliane Baumann (GGR-Mitglied seit 2005)
Sie hat auf ein Abschiedsgeschenk verzichtet und hat einen Beitrag an die Pfadfindervereinigung „Stärn vo Buebebärg“ gespendet.
- Bernhard Hauck (GGR-Mitglied seit 2004)
Er hat auf ein Abschiedsgeschenk verzichtet und seinen Beitrag an das SAH Bern (Standort Spiez) gespendet.

Eliane Baumann, Bernhard Hauck und Philipp Giesser (per Ende September 2010 aus dem GGR ausgetreten) erhalten vom Vorsitzenden einen Blumenstrauss.

Ab 1. Januar 2011 werden neu Niklaus Büchi und Didier Bieri im Rat vertreten sein.

Schlussbemerkungen

Paul Müller: Mit der heutigen Sitzung geht sein Amtsjahr nun zu Ende. Er blickt auf eine interessante und arbeitsreiche Zeit zurück. Er hat das Amt ernst genommen und nicht ungern verrichtet. Er konnte etwas tiefer in die umfangreichen Aufgaben der Gemeinde Einblick nehmen. Er ist stolz, mit seinem Wirken einen kleinen Beitrag an diese Arbeitsbewältigung geleistet zu haben. Als Gemeindevertreter hat er an diversen Anlässen die Gemeinde vorgestellt. Er hat dabei festgestellt, dass er von einem schönen Ort erzählen durfte. Er wünscht sich für Spiez,

- dass die Verkehrsleitung durch das Dorf zur Zufriedenheit aller oder den meisten Bürgerinnen und Bürger ausfallen wird
- dass die Entwicklung in Spiez für die Bewohner, Gewerbe und Tourismus in Zukunft einen guten Lauf nehmen wird
- dass der alte Wunsch einer neuen Bibliothek so gelöst werden kann, dass die Betreiber, Besucher und die Zahlenden alle damit leben können
- dass unsere schöne Bucht erhalten bleibt und vernünftig genutzt werden kann.
- dass unseren Kindern und Grosskindern weiterhin gut unterhaltene Schulhäuser zur Verfügung stehen
- dass für Kinder, Jugendliche und Erwachsene die nötigen Freizeit- und Sportanlagen zur Verfügung gestellt werden

Im politischen Meinungsbereich braucht es manchmal auch etwas Toleranz und Verständnis für die Andersdenkenden. Er bedankt sich bei Allen für die interessante Zeit, die Loyalität und die Fairness. Er musste nie ernsthaft eingreifen oder Belehrungen austeilen. Im Gegenzug wurde er auch nie angegriffen. Er wünscht Allen weiterhin viel Freude und Einsatzbereitschaft in der Politik. Im nächsten Jahr sitzt er wieder als Mitglied hinten im Saal. Den Ersatznerv und den Zwirbel überreicht er Urs Gurtner.

Urs Gurtner: Viele reden nicht gerne über das Alter. Paul Müller macht dies jedoch nichts aus. Er hat das Glück auch im Pensionsalter noch fit und geistig vif zu sein. Im Interview im Berner Oberländer vom 26. April 2010 konnte gelesen werden, welche freiwilligen Tätigkeiten Paul Müller leistet und geleistet hat; Davor kann man nur den Hut ziehen. Er ist im April locker in das Präsidialjahr gestartet, da die März-Sitzung abgesagt wurde. Er kam jedoch gleichwohl auf fünf Sitzungen, da er anfangs Legislatur Alterspräsident war. Die drei letzten Sitzungen waren relativ happig und dauer-

ten recht lange. Wir alle kennen Paul Müller und schätzen ihn als engagierten Gemeindepolitiker. Engagiert, wenn es darum geht, Arbeit zu erledigen, engagiert aber auch beim Debattieren und Politisieren. Paul Müller zeichnet aus, dass er als Sportsmann nicht nur mit Erfolgen sondern auch mit Rückschlägen und Niederlagen umgehen kann. Als grauer Panther hat er sich für einen Kurswechsel bei der Kinder- und Jugendarbeit engagiert. Der Gemeinderat wollte die Motion nicht überweisen lassen. Der GGR hat anders entschieden und dies war auch gut so. Dank seinem Engagement haben wir heute eine bessere und effizientere Kinder- und Jugendarbeit. Der Verlust der Wahl- und Abstimmungslokale hat Paul Müller weh getan. Er hat gekämpft, aber am Schluss den Entscheid akzeptiert ohne nachtragend zu sein. Er überreicht ihm als Abschiedsgeschenk eine Weinkaraffe sowie einen Blumenstrauss, welche ihn an die Zeit als GGR-Präsident erinnern soll. Namens aller Ratsmitglieder und allen Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Spiez dankt er Paul Müller ganz herzlich für seinen Einsatz zu Gunsten der Gemeinde und wünscht ihm und seiner Familie alles Gute und hofft, dass er dem GGR noch eine Zeit lang erhalten bleibt.

Er dankt für das Vertrauen, das ihm als neugewählter GGR-Präsident gewährt wird. Er ist vor 22 Jahren nach Spiez gekommen. Spiez ist zu seiner neuen Heimat geworden. Er lebt sehr gerne hier. Es ehrt und freut ihn, dass er einstimmig zum höchsten Spiezer gewählt worden ist. GGR-Präsident ist nicht nur eine Ehre, sondern verpflichtet auch. Manchmal kann es auch eine Belastung sein und er ist froh, für die Unterstützung aus der Verwaltung. GGR-Präsident ist man für alle Einwohnerinnen und Einwohner von Spiez. Dies verpflichtet zur Zurückhaltung bei den politischen Debatten. Er wird sich an dieses ungeschriebene Gesetz halten. Während seiner Amtszeit wird der Vizepräsident Markus Seiler die FDP gegen aussen vertreten. Er hofft, dass er den Ersatznerv nicht benötigen wird. Er wünscht Allen einen schönen Schlussabend. Allen Einwohnerinnen und Einwohnern aus Einigen, Faulensee, Spiezwiler, Hondrich und Spiez wünscht er eine fröhliche Advents- und Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Schluss der Sitzung: 18.35 Uhr

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES

Der Präsident

Der Protokollführer

P. Müller

A. Zürcher

Im Anschluss an die Sitzung begeben sich die Ratsmitglieder zum traditionellen Aperitif in den Re-gezkeller und anschliessend zum Nachtessen ins Café Wiler, Spiezwiler.